Sonntag, 18. September 1932
Nr. 212. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

# Sozialistische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

# Deutschland bricht die Verhandlungen ab

## Künftig keine Teilnahme an der Genfer Abrüstungskonferenz — Ein neuer Vorstoß des deutschen Imperialismus

**Berlin,** 16. September.

WTB. Der Reichsaußenminister hat unter dem 14. d. M. an den Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz Henderson das nachstehende Schreiben gerichtet:

**Herr Präsident!**

**Im Namen der Deutschen Regierung beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:**

**In den Verhandlungen der Generalkommission, die der Annahme der Resolution vom 23. Juli d. J. vorausgingen, hat der Führer der Deutschen Delegation die Gründe dargelegt, aus denen die Deutsche Regierung diese Resolution ablehnen mußte. Er hat dabei ausgeführt, daß nach dem Stande der Konferenzverhandlungen**

**die Frage der Gleichberechtigung der entwaffneten Staaten nicht mehr länger ohne Lösung bleiben**

**dürfe. Dementsprechend hat er bei diesem Anlaß die Erklärung abgegeben, daß sich die Deutsche Regierung an den weiteren Arbeiten der Konferenz nicht beteiligen könne, bevor eine befriedigende Klärung der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands erfolgt sei.**

**Nachdem die Resolution gleichwohl zur Annahme gelangt ist, steht schon jetzt fest, daß die künftige Abrüstungskonvention außerordentlich weit hinter dem Entwaffnungsregime des Versailler Vertrages zurückbleiben und daß sie sich von diesem hinsichtlich der Art und Weise der Abrüstung wesentlich unterscheiden wird. Damit ist die Frage unmittelbar aktuell geworden, wie es mit der Anwendung des künftigen Regimes auf Deutschland werden soll. Es liegt auf der Hand, daß ohne Beantwortung dieser Frage eine Regelung der einzelnen konkreten Punkte des Abrüstungsproblems nicht möglich ist.**

**Nach Ansicht der Deutschen Regierung kann nur eine Lösung in Betracht kommen, die Lösung nämlich, daß alle Staaten in Bezug auf die Abrüstung denselben Regeln und Grundsätzen unterworfen werden und daß für keinen Staat ein diskriminierendes Ausnahmeregime gilt.**

**Es kann Deutschland nicht zugemutet werden, an den Verhandlungen über die in der Konvention festzulegenden Abrüstungsmaßnahmen teilzunehmen,**

**solange nicht feststeht, daß die gefundenen Lösungen auch auf Deutschland Anwendung finden sollen.**

**Um diese Voraussetzung für ihre weitere Mitarbeit in der Konferenz so schnell als möglich zu verwirklichen, hat sich die Deutsche Regierung inzwischen bemüht, eine Klärung der Frage der Gleichberechtigung auf diplomatischem Wege herbeizuführen. Leider muß festgestellt werden, daß die deutschen Bemühungen bisher zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt haben. Unter diesen Umständen sehe ich mich zu meinem Bedauern genötigt, Sie davon in Kenntnis zu setzen,**

**daß die Deutsche Regierung der Einladung zu der am 21. September d. J. beginnenden Tagung des Büros der Konferenz nicht Folge leisten kann.**

**Die Deutsche Regierung ist nach wie vor der Ueberzeugung, daß eine radikale Durchführung der allgemeinen Abrüstung im Interesse der Sicherung des Friedens dringend geboten ist. Sie wird die Arbeiten der Konferenz mit Interesse verfolgen und sich nach deren Verlauf über ihr weiteres Verhalten schlüssig werden.**

**Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung**

**(gez.) Freiherr von Neurath.**

Ueber die weitere Behandlung der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands erfährt WTB von zuständiger Seite, daß die Reichsregierung nicht beabsichtigt, die am letzten Sonntag überreichte französische Note schriftlich zu beantworten. Sie bedauert, feststellen zu müssen, daß diese Note das Problem der Gleichberechtigung sowohl in seinen Voraussetzungen wie in seinen Folgen unrichtig auffaßt und daß sie in keinem wesentlichen Punkte eine Annäherung an den deutschen Standpunkt zeigt, wie er in dem deutschen Memorandum vom 29. August dargelegt wurde.

**Von einer Fortsetzung des Meinungsaustausches auf dem Wege des Notenwechsels glaubt die Reichsregierung sich keine Förderung der Sache versprechen zu können.**

Selbstverständlich ist sie aber nach wie vor zu einem Meinungsaustausch auf dem Wege mündlicher diplomatischer Unterhaltungen bereit. Der Reichsaußenminister hat heute den Französischen Botschafter Herrn François-Poncet empfangen und ihm eine entsprechende Mitteilung gemacht. Im gleichen Sinne sind auch die übrigen Regierungen verständigt worden, die von der Reichsregierung mit der Angelegenheit befaßt worden waren.

•

Wir stehen gewiß nicht im Verdacht, den Arbeiten der Genfer Abrüstungskonferenz und des Völkerbundes irgendwelche optimistischen Erwartungen entgegenzubringen. Immer wieder haben wir an dieser Stelle unsere grundsätzliche und praktische Kritik an dem Genfer Bunde der kapitalistischen Staaten zur Sprache gebracht.

Trotzdem muß der jetzige Schritt der deutschen Reichsregierung unseren schärfsten Widerspruch finden. Die Regierung Papen-Schleicher zieht sich — entgegen all ihren schönen Worten — nicht deshalb aus Genf zurück, weil ihr die bisherigen Beschlüsse zur Abrüstungsfrage nicht pazifistisch genug sind, sondern ihr wahrer Beweggrund ist, daß sie mit diesem Beschluß einen weiteren Schritt auf der Bahn ihrer imperialistischen Politik tun will. Sie demonstriert mit dieser Note den Großmächten die Praxis des Wortes, das Schleicher kürzlich bei den ostpreußischen Manövern aussprach: „Wir werden auf jeden Fall das uns notwendig Erscheinende tun."

Das Ende dieser Politik — wir haben es bereits mehr als einmal deutlich gesagt — steht nicht im Zweifel: es kann nur ein neuer Krieg sein. In vollem Bewußtsein dieser Konsequenzen betreiben die deutschen Staatsmänner und Generäle, bejubelt von der nationalistischen Presse und unter Duldung seitens der sozialdemokratischen Führer, ihre verhängnisvolle Politik. Jeder klassenbewußte Proletarier, jeder Sozialist, jeder Kriegsgegner muß seine ganze Kraft für den Kampf gegen dieses Verbrechen einsetzen!

# Die SAP zum Sozialdemokratischen Volksbegehren

## Beschlüsse des Parteivorstandes — Streik gegen jeden Lohnabbau!

Der Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei hat zu dem von der Sozialdemokratischen Partei eingeleiteten Volksentscheid gegen die unsozialen Bestimmungen der letzten Papenschen Notverordnung Stellung genommen und folgendes beschlossen:

1. Die Führung der SPD betrachtet diesen Volksentscheid zweifellos als ein Mittel zur Ablenkung der Proletarier von der Tatsache, daß die SPD-Führung keinen ernsthaften Kampf gegen den neuen Lohnabbau und die Beseitigung des Tarif- und Arbeiterrechts führen will. Die wahre Stellung der SPD-Führung den Kampfnotwendigkeiten gegenüber muß im Interesse der Arbeiterklasse rückhaltlos klargestellt werden.

2. Die SAP kann sich aber, wenn der Volksentscheid durchgeführt wird, einem Volksentscheid für gewiß nicht ausreichende, aber doch in der Sache wichtige Forderungen gegenüber nicht ablehnend verhalten. Die SAP muß, wenn der Volksentscheid zustande kommt, diesen unterstützen und innerhalb der Arbeiterschaft, insbesondere bei den SPD-Arbeitern, darauf hinwirken, daß diese massenerfassende Aktion zur Aktivierung der Arbeiterklasse ausgewertet wird.

Weiterhin faßte der Parteivorstand der SAP folgenden Beschluß:

Der Parteivorstand fordert alle SAP-Genossen auf, sich in den Gewerkschaften, überall, wo sich auch nur die geringste Chance für die Arbeiterschaft dafür bietet, mit aller Kraft einzusetzen für Streiks gegen jeden Lohnabbau, der überall in Deutschland auf Grund der letzten Notverordnung erfolgen wird.

# Nazi-Demagogie

Die Hitler, Goebbels und Konsorten haben sich von jeher ausgezeichnet durch eine skrupellose Agitation. Sie versprechen bedenken- und verantwortungslos jeder Bevölkerungsschicht zu gleicher Zeit das, was sie gerade wünscht; dem Arbeiter hohe Löhne, Schutz seiner Rechte, billige Nahrungsmittel usw., dem Großagrarier Wucherzölle und Steuern zur Verteuerung der Lebensmittel, dem Unternehmertum die Zerschlagung der Gewerkschaften, des Betriebsräte- und Tarifrechtes. Dabei denken sie schon beim Versprechen nicht im Traume an die Erfüllung. Werden sie da und dort an die Einlösung ihres Wortes gemahnt, dann verweisen sie auf ihr sagenhaftes „Drittes Reich". „Gebt Hitler die Macht", dann wird alles Versprochene durchgeführt.

War, wie gesagt, bisher schon dieser bewußte Betrug das Wesen und der ganze Inhalt des Nationalsozialismus, so übersteigt gegenwärtig ihre Demagogie alles bisher Dagewesene. Wer in den allerletzten Tagen und Wochen die Nazipresse verfolgte, muß sich jeden Tag aufs neue wundern über die völlige Aenderung ihres Tones, ihrer ganzen Tendenz gegenüber dem Ton vor kaum 14 Tagen. Liest man heute die Leitartikel, Ueberschriftzeilen usw. eines Naziblattes, dann muß man sich immer wieder durch einen Blick auf den Kopf des Blattes überzeugen, daß man nicht versehentlich eine kommunistische oder linksradikale Zeitung erwischt hat. So radikal „sozialistisch" ist der ganze Ton. Da ist an der Spitze der Naziblätter nicht nur die bis vor 2 Wochen übliche Mordhetze gegen die Arbeiterschaft fast ganz verschwunden, sondern da wimmelt es auch von Schlagzeilen und Redewendungen wie: „Wahnwitzige Projekte der feudalen Reaktion" — „Kampf um Freiheit und Volksrecht" — „Kampf der Sozialreaktion! — Tariflöhne werden bis auf 50 v. H. gesenkt".

Der primitive Arbeiter stutzt. Ist das nicht der Ausdruck seiner Gedanken, sind das nicht die Losungen, unter denen die Arbeiterklasse seit Jahr und Tag gegen ihre Ausbeuter kämpft? Noch stutziger muß der einfache Prolet werden, wenn er in den Naziartikeln z. B. folgende Ergüsse des Pg. Josef Goebbels lesen kann:

„Es kann nun kein Zweifel mehr bestehen, die feinen Leute haben in Deutschland wieder zu sagen. 14 Jahre sind sie mucksmäuschenstill gewesen, da saßen sie fern vom Schuß in ihren Klubs und Gesellschaftshäusern und redeten sich die Lippen wund vor Haß und Geifer gegen den neuen Zustand . . .

Nun sitzen sie, und der Traum ihres Lebens ist erfüllt. Sie meinen, der 9. November 1918 wäre jetzt ausgestrichen und Deutschland könne wieder da anfangen, wo es damals aufgehört hat. Sie reden von konservativer Staatsauffassung, aber was sie konservieren wollen, das ist weder der Staat noch eine Auffassung, sondern nur ihre eigene Vorherrschaft. Wenn sie von Christentum sprechen, dann hört der Kenner das Wort Kattun heraus, und wenn sie sich auf das Volk berufen, da merkt ein jeder, daß sie ein Wort gebrauchen, das eigentlich in ihrem Lexikon gar nicht zu finden ist."

Ist hier die arrogante, auf das arbeitende Volk spuckende Junkersippe, die seit Jahrhunderten nur von der Ausbeutung der Arbeitssklaven lebt, nicht glänzend geschildert,

und muß nicht jeder ausgepowerte Proleet, der von tiefstem Klassenhaß gegen das „Herren"-gesindel erfüllt ist, in dem Manne und in der Partei, die seinem Haß gegen seine Unterdrücker so beredten Ausdruck verleiht, seine Vertretung sehen? Diese Auffassung bei der breiten Masse zu erzeugen, ist der einzige Zweck dieser Schreiberei. Und der Neid muß es dem Pg. Goebbels lassen: er versteht sein Handwerk mit unübertrefflicher Meisterschaft. Er, der gegen den „marxistischen Klassenkampf" zu Felde zieht, spielt hier meisterhaft die Flöte des Klassenhasses. Goebbels schreibt einige Tage später in einem fast in der ganzen Nazipresse veröffentlichten Artikel weiter:

„Das Volk hat nichts mehr zu sagen und die Herren haben von einem gütigen Himmel die Berufung erhalten, Deutschland zu kommandieren.

Nur schade, daß keiner der feudalen Kavaliere vom Herrenklub sich bemüßigt fühlt, einmal diese blutleeren Theorien vor dem Volke selbst etwa in einer Massenversammlung polemisch zu vertreten.

. . . Sie teilen die Menschen in zwei Klassen ein. Die eine ist dazu geschaffen, zu dienen, die andere ist dazu geschaffen, zu herrschen; und dazu hat ein weises Schicksal sie auserschen. Sie verwechseln die Herrenreiterei mit der hohen Politik. Sie fühlen sich nur wohl, wenn sie unter ihresgleichen sind. Und wo es nach Volk riecht, da nehmen sie schleunigst Reißaus.

. . . Aber das gestehen wir offen, daß es uns sauberer erschien, mit der SPD zu kämpfen, die wenigstens ehrlich genug war, offen zu sagen, daß die uns haßte und verabscheute und auch dementsprechend handelte."

Also sogar die SPD ist der Nazipartei lieber als die „Herren" um Papen. Liegt hier in der Tat nicht eine wirkliche Schwenkung der Nazi vor? So wird mancher Arbeiter fragen. Und er wird in diesem Glauben noch bestärkt, wenn er folgende nationalsozialistische Sirenengesänge gegenüber den Gewerkschaften vernimmt:

„Der Nationalsozialismus hat schon immer darauf hingewiesen, daß die Politik, die von seiten der verschiedenen Gewerkschaftsführungen getrieben wurde, zu einer Zerschlagung der einzigen (!) Abwehrorganisationen der Arbeiterschaft führen muß.

Die Gewerkschaften stehen am Scheidewege.

Wollen sie weiter im bisherigen Kurs verharren? Bleiben sie bei ihrem politischen Kurse für den Marxismus und gegen die deutsche Freiheitsbewegung, gegen den Nationalismus, so ist der baldige Zusammenbruch der deutschen Gewerkschaften gewiß.

Dann hat die Arbeiterschaft die Stütze verloren, die ihre einzige (!!) Waffe gegen die Elendspolitik eines antisozialen reaktionären Systems hätte sein können."

(Nat.-Soz. „Schles. Tagesztg." v. 13. 9.)

Die Gewerkschaften die „einzige Waffe" gegen das antisoziale System! Da schlägt's Dreizehn! Die Nazis, die seit 10 Jahren eine ununterbrochene Hetze gegen die Gewerkschaften, diese „Herde des Marxismus" führten, die ihre Zerschlagung hundertfach dem Unternehmer versprochen und auf Konferenzen propagiert haben, dieselben Nazi-führer sorgen sich jetzt um die Erhaltung der Gewerkschaften, ja bezeichnen sie als „einzige" Waffe der Arbeiterschaft gegen das antisoziale System.

Keine Frage, wenn das alles ehrlich gemeint wäre, wenn wirklich eine grundlegende Schwenkung der Nazis vorliegen würde, wenn sie sich wirklich zu „Sozialisten" entwickelt hätten, dann würden wir uns und die ganze sozialistisch-kommunistische Arbeiterschaft nur darüber freuen. Würde es doch bedeuten, daß zu den 7 Millionen sozialdemokratischer, 5½ Millionen kommunistischer Proletarier, die den wirklichen Sozialismus wollen, viele Millionen aus dem Riesenheer der Hitlerpartei stoßen würden. Wäre das so, dann hätte in der Tat die Stunde des Kapitalismus in Deutschland geschlagen, dann wären die Diktaturmaßnahmen der Papenfront nur noch letzte, ohnmächtige Zuckungen einer unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehenden Herren- und Ausbeuterkaste.

Das ist aber leider nicht so. Ja, nie stand die deutsche Arbeiterklasse machtpolitisch diesem Zustand ferner als heute. Und nie ist die „sozialistische" Nazipropaganda verlogener und gefährlicher gewesen als in dieser Stunde.

Das Ziel dieser demagogischen Nazipropaganda ist ausschließlich gegen die Arbeitermassen, als deren Freunde sie sich aufspielen, gerichtet. Sie wollen diese Massen einfangen, um sie um so brutaler niederschlagen und versklaven zu können. Die Ursache ihrer jetzigen wilden Agitation gegen „die Herren" ist nur darauf zurückzuführen, daß sie von ihren Verbündeten von gestern, von diesen Herren um Papen, in der Tat betrogen wurden. Sie säßen heute mit diesen „arroganten Herrenklub-Kavalieren" an einem Tisch, wenn sie von ihnen bei der Verteilung der fetten Regierungsposten nicht übers Ohr gehauen worden wären. Es waren doch die Nazis, die in frenetischen Jubel ausbrachen, als Brüning gestürzt und das Papen-Herrenkabinett auf den Schild erhoben wurde. Damals, es ist kaum ein Vierteljahr her, führte Pg. Goebbels in den Straßen Berlins die Nazidemonsrationen unter den Rufen: „Hoch Hindenburg, hoch Papen" an.

Es ist einwandsfrei festgestellt, daß das Papenkabinett unter Mitwirkung und ausdrücklicher Zustimmung der Hitler, Goering und Konsorten gebildet wurde. Ja, in seiner Wut über den Reinfall bestätigt das Herr Goebbels auch noch in seinen heutigen Artikeln. Schreibt er doch am 10. September in seinem Artikel „Politische Erbschleicherei" u. a.:

„Während wir auf den Tribünen der Massenversammlungen standen und um eine neue deutsche Geltung den schweren Kampf führten, richteten sie sich hinter uns bereits wohnlich ein, und ehe man sich versah, schwangen sie sich auf unseren breiten Rücken und kletterten behende in die Amtlichkeit."

Sehr richtig. Nur auf dem breiten Rücken der Nationalsozialistischen Massenbewegung konnten die Papen zu ihrer heutigen Machtposition gelangen.

**Nur gestützt auf die nationalsozialistischen Massenheere, auf SS und SA, die zu Tausenden die Arbeiter niederschlagen, bestialisch ermordeten, die die Gewerkschaftshäuser zertrümmern, können nicht nur die Papen regieren, sondern kann auch das Großkapital immer neuen Sozialunterstützungs- und Lohnraub durchführen, kann es das Tarifrecht und schließlich die Gewerkschaften zerschlagen.**

Die Hitler, Goebbels und Konsorten haben sich bisher in dem Kreis der „Herren", der Adelskaste, sehr wohl gefühlt. Sind doch unzählige Prinzen, Hohenzollern, Grafen und Freiherren massenhaft in der Führung der NSDAP vertreten. Der Berliner „Kaiserhof" das Quartier Hitlers, ist seit Jahrzehnten das Hotel und Zentrum der preußischen Adelskaste. Und gesellschaftlich gehören die Ritter der Schwerindustrie, die Borsig, Thyssen und, die Geldgeber und engsten Freunde der Hitler und Companei dazu. Es ist daher übelste Demagogie, wenn die Naziführer jetzt auf einmal die „Arroganz dieser Herrenklub-Kavaliere" entdecken. Sie tun das jetzt nur zu dem Zweck, um durch ihre „sozialistische" Agitation ihre Massenbasis aufs neue zu verbreitern, um so die „Herren" zu einem „ehrlichen" Teilen der Regierungsmachtpositionen zu zwingen. Haben sie das erreicht, dann pfeifen sie nicht minder frech und arrogant als die Herrenklübler auf die „Volksrechte", auf Sozialgesetze, Tarifrecht und Gewerkschaften.

Das zu erkennen und jetzt unter den Arbeitermassen, ganz besonders unter den irregeleiteten Naziproleten, aufzuzeigen, ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Partei und aller klassenbewußten Arbeiter. Zeigt jedem Proletarier immer wieder die vielen Schandtaten der Nazi, zeigt, daß diese „Kämpfer gegen die Herren" mit den Prinzen und Großkapitalisten zusammen tafeln und zu gleicher Zeit ihre SA-Banden zum Arbeitermord ausschicken, daß unter den Mörderhänden dieser „Sozialisten" noch keinem „Herrn" auch nur ein Haar gekrümmt wurde, aber Hunderte von Arbeitern ihr Leben ausgehaucht haben. Zeigt, daß den Goebbels auch jetzt noch kein Zuchthausurteil gegen die Arbeiter hoch genug ist, daß sie — da, wo es ihnen nützlich erscheint — organisierten Streikbruch begehen. Daß die „Arbeiterfreunde" jetzt für die Margarinesteuer eintreten und damit zur Befriedigung der großagrarischen „Herren" den Aermsten der Armen das letzte wichtige Ersatz-Nahrungsmittel verteuern.

**Vergeßt keine Sekunde: Die Nazis sind die schlimmsten Arbeiterfeinde. Sie sind am gefährlichsten, wenn sie sich „sozialistisch" gebärden.**

# SPD-Führer in der Aufrüstungsfront!

## Sozialdemokratische Arbeiter, was sagt ihr dazu?

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, wie wir bereits berichteten, dieser Tage eine Entschließung gefaßt, in der in einer ganz unzureichenden Form die Aufrüstungspläne der deutschen Reichsregierung abgelehnt werden. Tatsächlich steht jedoch die SPD nicht einmal hinter diesem reichlich lahmen Ablehnungsbeschluß, sondern es sind in dieser Partei, wie man bereits seit langem weiß, starke Strömungen für eine Bejahung und Unterstützung des deutschen Militarismus vorhanden. Dafür wollen wir heute einige dokumentarische Beweise erbringen.

Der prominente Reichstagsabgeordnete Wilhelm Sollmann erklärte in einer Kundgebung der Eisernen Front am 5. September in Köln (Bericht der „Frankfurter Zeitung") folgendes:

„Die französischen Politiker und Militärs, die sich weigerten, den Teil des Versailler Friedensvertrages, der die allgemeine Abrüstungszusage zu erfüllen, hätten kein Recht, sich über den deutschen Vorstoß zu beklagen ... Die Sozialdemokratie wolle die volle Gleichberechtigung ihrer Nation. Wehrtechnisch sei die Partei auf die Organisationsform der jetzigen Reichswehr, ihre Rekrutierungsmethoden und ihre lange Dienstzeit nicht festgelegt."

Noch deutlicher äußerte sich der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ebert, der Sohn des verstorbenen Reichspräsidenten, der bekanntlich vor kurzem in den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gewählt worden ist. Er erklärte auf der letzten sozialdemokratischen Funktionärkonferenz in Brandenburg, nach dem Bericht der sozialdemokratischen „Brandenburger Zeitung" (Nr. 209), folgendes:

„Gemeinsam mit unseren französischen und belgischen Genossen fordern wir die Erfüllung des Versailler Vertrages, die Herstellung militärischer Gleichberechtigung aller durch Abrüstung aller. Verweigert die Welt aber die Erfüllung des von ihr feierlich besiegelten Wortes, dann müssen wir den Mut haben, auch als deutsche Sozialisten zu handeln.

Harte Entscheidungen stehen so vor uns! Sie zeigen jedem, daß die deutsche Sozialdemokratie, auch wenn sie schärfste Oppositionsstellung gegen eine Regierung bezogen hat, nicht frei ist von Bindungen gegenüber ihrem Volke. Diese Entscheidungen vorzubereiten, damit sie möglichst in unserem Sinne fallen, ist die Aufgabe der Stunde, die rastlose Aufklärungsarbeit von uns fordert."

Diese Aeußerungen führender Sozialdemokraten können nur so verstanden werden, daß die SPD gegebenenfalls die Aufrüstungspläne der Regierung Papen-Schleicher billigen und unterstützen will, was ja auch durchaus in der Richtung der sozialdemokratischen Wehrrichtlinien von Magdeburg und in der Linie der ganzen sozialdemokratischen Politik seit 1914 liegen würde. Die SPD nimmt damit übrigens die gleiche Haltung ein, die Breitscheid, der Führer der Reichstagsfraktion, im Juli vorigen Jahres mit folgenden Worten vertrat:

„Unsere Partei hat beschlossen, daß wir in keiner Weise einen Druck auf die Regierung ausüben wollen, gegenüber Frankreich Forderungen nachzugeben... Wir werden nicht verlangen, daß der Bau des Panzerkreuzers B abgebrochen wird ..."

Noch einen Schritt weiter geht die von Ernst Heilmann herausgegebene Zeitschrift „Das freie Wort", die in mehreren Artikeln, unter anderem in der Nummer vom 21. August, offen für die allgemeine Wehrpflicht eintritt. Dort heißt es:

„Trotz der oben geschilderten politischen Verhältnisse des Hohenzollernreichs, ja trotz grotesker Auswüchse eines übersteigerten Militarismus, war die allgemeine Wehrpflicht vor dem Kriege volkstümlich. Stolz zeigte sich der junge Mann zu Hause in der Uniform, beiden Mädchen stach er die andern aus. Wie sehr die Jugend für die Uniform und äußeres militärisches Auftreten ist, das sehen wir ja heute deutlich ...

**... Alle diese Ueberlegungen sprechen m. E. für die allgemeine Wehrpflicht."**

Auch die konkreten Vorschläge liegen bereits vor. Der bekannte sozialdemokratische Major a. D. Mayr macht in der letzten Nummer des „Reichsbanner" hierzu folgende Ausführungen:

„... 60000 Berufssoldaten mit hochmodernem Material (auch Reservematerial) und den notwendigen Versuchs- und Lehranstalten, mit Heereskommissaren der Volksvertretung und ein jährliches Milizrekrutenkontingent von 400000 jungen Deutschen auf der Grundlage allgemeiner kurzer Wehrpflicht scheint uns vom Standpunkt der nationalen Sicherheit ebenso wie des Willens zur deutschen Freiheit und Gleichheit immer noch zweckmäßiger als 200000 oder gar 300000 wie bisher nur ganz einseitig ergänzte Söldner, gar wenn diese noch den Rückhalt von im großen und ganzen rein „vaterländischen" freiwilligen Milizen hätten."

Was wollen die Schleicher und Papen mehr! Die Sozialdemokraten sind ihnen in jeder denkbaren Art und Weise bei ihren Aufrüstungsbemühungen behilflich! Wenn die Generäle auch auf die Sachberatung durch Sozialdemokraten verzichten würden, so ist ihnen doch die moralische Unterstützung, die ihnen die SPD gewährt, um so wertvoller und willkommener.

**Was aber sagen die sozialdemokratischen Arbeiter zu diesen Dingen? Wollen sie sich wirklich wieder in die nationale Einheitsfront des nächsten Krieges hineinmanövrieren lassen? Genossen, setzt Euch zur Wehr, ehe es zu spät ist!**

# Zuchthausanträge im Kanth-Prozeß

Breslau, 17. September.

E.K. Im Breslauer Kanth-Prozeß beantragte Staatsanwalt Menzel soeben die unglaublich hohen Strafen von 2 Jahren Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust für die Angeklagten Blaschke und Schiwick, 2 Jahr 1 Monat Zuchthaus für Weiß und für die übrigen angeklagten Proleten Strafen von 6 Monaten bis zu 1 Jahr Gefängnis. Für den Angeklagten Jungmann und den Nationalsozialisten Laufer, der sich mit dem Revolver in der Hand an den Vorgängen beteiligt hatte, wurde Freispruch beantragt. Die SA-Männer Vater und Kann sollen mit je 6 Monaten, der SA-Mann Schubert mit 3 Monaten Gefängnis davonkommen. Ueber die Verhandlung vor dem Sondergericht siehe die Beilage der heutigen SAZ.

# Metallarbeiterstreik geht weiter

## Die Metallindustriellen Schlesiens lehnen den Vorschlag des Schlichters ab

Liegnitz, 16. September.

WSL. **Der Arbeitgeberverband der niederschlesischen Metallindustrie hat in seiner heute in Liegnitz stattgefundenen Mitgliederversammlung den Vorschlag des Schlichters, den zum 31. Juli gekündigten Tarifvertrag mit Gültigkeit bis 15. Oktober wieder in Kraft zu setzen, abgelehnt.**

Damit ist die Bahn für die kämpfenden Metallarbeiter wieder frei. Sie müssen nun ihren Streik mit verstärkter Wucht weiterführen.

# Kleine Nachrichten

Berlin, 17. September.

Die Strafsache Felseneck ist von dem Sondergericht, vor dem sie zur Zeit gemäß §§ 2 und 18 der Notverordnung vom 9. August 1932 anhängig ist, auf Antrag der Staatsanwaltschaft zum ordentlichen Verfahren verwiesen worden. Die Hauptverhandlung wird daher vor dem Schwurgericht beim Landgericht III voraussichtlich in der ordnungsmäßigen Oktobersitzungsperiode verhandelt werden.

# Staatsdiktatur über Gera

## Ein „Musterbeispiel" sozialdemokratischer Kommunalpolitik

Wir berichteten gestern bereits kurz über die eigenartigen und einzigartigen Vorgänge in Gera. Dort hat ein vom nationalsozialistischen Minister Sauckel eingesetzter Staatskommissar fast den ganzen Stadtrat seiner Ämter enthoben und selbst gemeinsam mit einem Stadtbaurat und mit dem sozialdemokratischen zweiten Bürgermeister Dr. Barth die Verwaltung der Stadt übernommen.

Inzwischen hat der Hauptausschuß des Stadtrates gegen die einzig dastehenden Anordnungen des Staatsbeauftragten schärfsten Protest erhoben. Eine Abordnung dieses Ausschusses, bei der alle Fraktionen vertreten waren, wurde vom Minister Sauckel empfangen. Der Minister erklärte, er denke nicht daran, die Maßnahmen aufzuheben, die Staatskommissar Dr. Jahn in Gera angeordnet habe, weil in der Geraer Stadtverwaltung ein aufgeblähter Verwaltungsapparat bestanden habe. Staatskommissar Dr. Jahn besitze sein volles und unbeschränktes Vertrauen. Dasselbe Vertrauen übertrage er auch auf den sozialdemokratischen zweiten Bürgermeister Dr. Barth, der sich bereit erklärt habe, „endlich mit aufzuräumen".

Weiter wird gemeldet, daß der bisherige Oberbürgermeister Arnold gegen den Staatskommissar Dr. Jahn Strafantrag wegen Beleidigung und wegen wissentlich falscher Anschuldigungen erhoben habe. Der Strafantrag wird mit einer Erklärung des Staatskommissars begründet, in der dieser von „Dingen amtlicher Art, deren kriminieller Charakter für die Herren des Stadtvorstandes Nachteile bringen könnte", gesprochen hat.

•

An den Vorgängen in Gera ist zunächst die ungeheuerliche Tatsache auffallend, daß ein nationalsozialistischer Minister sein besonderes Vertrauen einem sozialdemokratischen Bürgermeister zuteil werden läßt. Es sieht ganz so aus, als ob hier ein neuer Fall Bührer bevorstände. Man wird sich nicht wundern, wenn man demnächst hört, daß der Geraer sozialdemokratische Bürgermeister dem Beispiel seines Dresdner Kollegen folgend, zur NSDAP übergetreten ist.

Über diesen Fall sozialdemokratischer Personalpolitik hinaus hat aber die Sache noch weitere prinzipielle Bedeutung für die Beurteilung der sozialdemokratischen Kommunal-Politik. Die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker jammern zwar seit Jahren über die katastrophale Finanzlage der deutschen Städte und Gemeinden, aber sie haben fast nirgends das getan, was immerhin im Bereich des ihnen Möglichen lag. Allenthalben haben sie einen unnatürlich aufgeblähten Verwaltungsapparat bestehen lassen oder ihn gar noch vergrößert und haben unerhört hohe Gehälter an Stadträte und Bürgermeister zahlen lassen in einer Zeit, in der die sozialen Leistungen der Gemeinden und Städte in der unerträglichsten Weise abgebaut wurden. Gerade durch diese Dinge, die der Bevölkerung so unmittelbar sichtbar und fühlbar wurden, hat sich die Sozialdemokratie ein gut Teil Vertrauen verscherzt und den Nazis viel Wasser auf die Mühlen geleitet. Das Schlimme ist, daß die Folgen jetzt nicht nur die SPD zu tragen hat, sondern die ganze deutsche Arbeiterschaft.

## Abschluß des Bergarbeiterkongresses

London, 16. September.

WTB. Der Internationale Bergarbeiterkongreß, der seit Dienstag dieser Woche hier tagte, ist heute beendet worden.

Wir kommen auf diese Tagung noch zurück.

# Ewige Illusionisten!

Die Regierung der Barone hat den Reichstag aufgelöst — Herr von Hindenburg hat diesen Schritt getan, weil die „Gefahr" besteht, daß der Reichstag von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machen und die Aufhebung der Notverordnung vom 4. September verlangen könnte. Wir haben immer wieder auf das Wort Lassalles hingewiesen, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind. Alle Illusionen, die von der Sozialdemokratie in den Arbeitermassen erzeugt wurden, sind in diesen Tagen wie schillernde Seifenblasen zerplatzt — und schon ist man eifrig dabei für neue Illusionen zu sorgen.

Wie die Illusionen vom Hineinwachsen in den Sozialismus in diesen Tagen (allein schon durch die wirkliche Lage der Arbeiterunternehmen, des wichtigsten Eckpfeilers in diesem theoretischen Gebäude) durch die nackten Tatsachen ad absurdum geführt worden ist, so erlebte die Arbeiterschaft besonders im Jahre 1932 eine ganze Reihe von ähnlichen Reinfällen. Wie war das doch:

Brüning mußte nach der Reichstagswahl von 1930, in der man ihn der Verfassungsverletzung geziehen und aufs Schärfste bekämpft hatte, toleriert werden, damit Hitler nicht zur Macht kam; Ergebnis: die Nazis sind heute stärker denn je und Brüning verhandelt erneut (wie schon während seiner Kanzlerschaft) mit ihnen über gemeinsame Regierungsbildung.

Der erste und der zweite Schlag der Eisernen Front: „Wer Hindenburg wählt, schlägt Hitler!" Die Massen folgten gläubig der neuen Erkenntnis und wählten Hindenburg, der — nach den Worten der SPD — die beschworene Verfassung einhalten würde. Ergebnis: Hindenburg stürzte Brüning, dem eben noch der Reichstag sein Vertrauen bezeugt hatte — der Mann aus dem Herrenklub, der Vertreter der Junker wird Reichskanzler auf dem Rücken der Nazis; mehr noch — Hindenburg empfängt Hitler und will ihn zum Vizekanzler machen!

Der dritte Schlag: die Preußenwahl. Ergebnis: das Zentrum, der jahrelange Koalitionsgefährte, macht gemeinsame Sache mit den Nazis. Die „Machtposition" Preußen wird von einem Hauptmann und zwei Soldaten widerstandslos erobert.

Widerstand der Arbeiterschaft? Ausgeschlossen. Dann könnten ja die angeordneten Reichstagswahlen nicht stattfinden. Der Staatsgerichtshof wird die Sache schon in Ordnung bringen. Ergebnis: Papen bleibt Reichskommissar in Preußen, die sozialdemokratischen Regierungspräsidenten und Landräte werden an die frische Luft befördert.

„Gebt der Regierung der Hitler-Barone am 31. Juli die Quittung mit dem Stimmzettel — führt den letzten Schlag!" Und wieder sind die Arbeiter auf diese Illusion hereingefallen — Papen hat keine Mehrheit im Reichstag; Ergebnis: er schickt den Reichstag nach Hause.

Sozialistische Aktion! Anträge auf Umbau der Wirtschaft Jetzt werden wir es ihnen mal zeigen! Die Sozialisierung — Hilferding erblickte sie, ach wie bescheiden, schon in der Subventionierung der Banken und Großbetriebe — marschiert nun aber wirklich. Wohin? In den Papierkorb!

Und nun die neueste Attraktion: Volksbegehren! Wofür? Für den „Umbau der Wirtschaft?" Für den Sozialismus? Nein — für Aufhebung des sozialpolitischen Teils der letzten Papennotverordnung. (Bescheiden fragt sich der gewöhnliche Sterbliche, was aus all den anderen Notverordnungen wird, die die SPD immer so energisch bekämpft hat — doch darüber kräht kein Hahn mehr!)

Das ist ein noch größerer Schwindel als alles Vorhergegangene: deht das Volksbegehren durch, woran nicht zu zweifeln ist, so hat der — vorläufig (?) nicht bestehende — Reichstag dazu Stellung zu nehmen. Ist er nach einer Neuwahl (wann findet sie statt?) so zusammengesetzt, daß er dem Volksbegehren stattgibt, so wird er auch ohnedies die Notverordnung auf entsprechenden Antrag einer Partei hin aufheben. Tut er das nicht, so wird er auch dem Volksbegehren nicht entsprechen und es käme zum Volksentscheid. Dazu ist zu sagen, daß bis heute noch bei keinem Volksentscheid die erforderliche Stimmenzahl aufgebracht worden ist.

Die SPD weiß selbstverständlich, daß sie mit ihrer famosen sozialistischen Aktion (die in Wirklichkeit keine sozialistische Aktion ist) keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken kann; allmählich hat es sich doch herumgesprochen, daß dieselbe SPD nicht sozialisieren konnte und — wollte, als sie noch mit in der Regierung saß. Die Arbeiterschaft beginnt auch endlich zu erkennen, daß die auf die parlamentarische Demokratie zugeschnittene Politik der SPD ein so völliges Fiasko erlitten hat, daß eine Partei mit solchen politischen Erfolgen einfach das Recht verwirkt hat, sich als Führerin im Befreiungskampf des Proletariats aufzuspielen. Die Arbeiterschaft beginnt endlich in immer größerem Umfange einzusehen, daß nur im außerparlamentarischen Kampf die Grundlagen für für eine sinnvolle Aenderung — und das ist nur der Sozialismus! — geschaffen werden können. Zudem ist das Parlament — wer weiß, auf wie lange? ausgeschaltet. Also gut: außerparlamentarische Aktion — hier ist sie. Das Volk selbst soll die Aufhebung der Notverordnung erzwingen.

Erzwingen? Hier stock ich schon! — Es gab eine Zeit, wo die KPD immer neue Parolen in die Massen warf — die Angestellten in der Lindenstraße in Berlin beschäftigen sich jetzt gleichfalls mit intensiver Parolenschusterei. Die Politik der SPD, aufgebaut auf der größten und grundlegenden Illusion, die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit fände in Form eines friedlichen Gedankenaustausches am grünen Tisch kapitalistischer Verhandlungssäle statt, wird auch in Zukunft an der rauhen Wirklichkeit zerschellen, solange sie nur neue Illusionen zu erwecken versucht und an den harten Tatsachen eigenwillig mit verschlossenen Augen vorbeigeht. Die Illusion vom Volksbegehren wird ebenso zerplatzen, wie alle die anderen, die wir vorhin aufzählten. Sie ist nichts anderes, als Wahlmanöver für die neue Reichstagswahl.

Die neue Reichstagswahl! Und schon wieder tauchen neue Illusionen auf. „So lange die Sozialdemokratie," sagt der Aufruf des Parteivorstandes, „die stärkste Partei im Reichstag war, konnte der Kapitalismus die Grundrechte der Arbeiterklasse nicht antasten". Ergo — wählt Sozialdemokraten, und alles wird gut, denn „Diktatur von rechts kann aber nur geschlagen werden, wenn die ganze Arbeiterklasse entschlossen ist, den Kampfboden der Demokratie zu behaupten und sich nicht den Diktaturillusionen von links hingibt." Das heißt doch alle alten Mätzchen mit einem Schlage wieder aufwärmen! Auf dem Kampfboden der Demokratie hat die SPD in jahrelanger Arbeit erreicht, daß die demokratische Verfassung mit verfassungsmäßigen Mitteln (Artikel 48) außer Kraft gesetzt wird — das ist die Illusion und nicht die Forderung nach Diktatur des Proletariats, von der uns Rußland beweist, daß mit ihr — und nur mit ihr! — die Aufrichtung des Sozialismus zu verwirklichen ist, ganz zu schweigen von der erschreckenden Oberflächlichkeit, mit der die SPD die Diktatur des Kapitals einer Diktatur der Arbeiterschaft gleichsetzt.

Die Spannungen in der SPD werden von Tag zu Tag stärker. Mit der wachsenden Erkenntnis von der Fehlerhaftigkeit ihrer Politik regt sich hier und da die Opposition wieder, die in den letzten Monaten verstummt war. Karl Böchel, der seit dem 26. Juli zum ersten Male wieder in der von ihm redaktionell geleiteten Chemnitzer „Volksstimme" leitartikelt, schreibt: „Die Massen müssen wissen, daß neben der außerparlamentarischen Kräfteballung der Ausfall der Reichstagswahl entscheidend sein wird dafür, ob überhaupt jemals wieder gewählt werden kann." Was hier gesagt wird, ist kaum halb richtig; denn nicht der Ausfall der — wann immer stattfindenden — Reichstagswahl bestimmt Art und Richtung der deutschen Politik, sondern einzig und allein vom Einsatz der außerparlamentarischen Kräfte wird es abhängen, wer in Zukunft in Deutschland zu bestimmen hat.

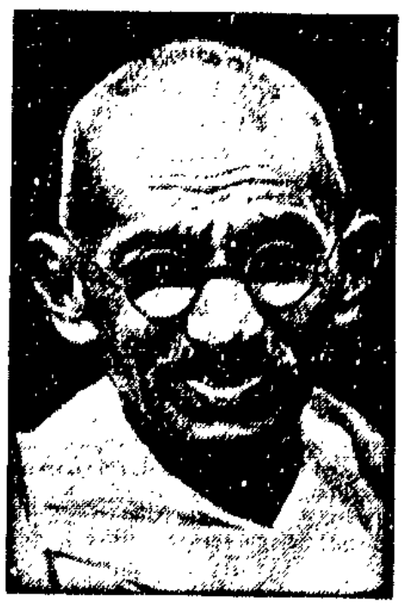
Der Diktatur des Kapitals den demokratischen Kampfboden entgegenhalten, heißt alte und verstaubte Ladenhüter neu hergerichtet zum Kaufe anbieten; die Diktatur des Kapitals kann nur beseitigt werden im außerparlamentarischen Kampf.

Die hoffnungslosen Illusionisten in der SPD werden nach einer neuen Reichstagswahl nichts zu verzeichnen haben als eine neue Pleite ihrer Politik, zum Schaden der Arbeiterschaft.

Nur wenn die Illusionen und die Illusionisten nicht mehr ihre Macht ausüben auf die Arbeiterschaft, wird das Proletariat seine Aufgaben erfüllen können.

SAP-Genossen, greift an! H. B.

## Gegen den englischen Imperialismus



Gandhi, der sich in englischer Gefangenschaft befindet, beabsichtigt, Hungers zu sterben, wenn die britische Regierung bei ihrem Vorschlag bleibt, eine besondere Wahlkörperschaft für die unteren Kasten Indiens einzusetzen. Gandhi will am 20. d. Mts. beginnen, sich jeder Nahrungsaufnahme zu enthalten. Er ist der Meinung, daß der genannte Vorschlag auf die Vernichtung des Hinduismus hinauslaufen würde.

Wie aus Simla berichtet wird, verlautet dort, daß Gandhi am 20. d. Mts., unmittelbar nach Beginn seiner Hungerdemonstration, wahrscheinlich in Freiheit gesetzt wird. Man rechnet damit, daß Gandhi, wenn er seinen Entschluß tatsächlich durchführt, höchstens einen Monat am Leben bleiben könnte. Die britische Regierung ist fest entschlossen, bei ihrem Vorschlag zu bleiben, falls zwischen den indischen Gemeinschaften keine Einigung über einen anderen Vorschlag zustande kommt.

## Das Echo der deutschen Jugendertüchtigung

### Einmütiger scharfer Protest der französischen Presse

**Paris, 16. September.**

CNB. Die Schaffung des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung wird heute von mehreren Pariser Morgenblättern ausführlich besprochen.

Der „Petit Parisien" behauptet, der neue Organismus verstoße gegen den Versailler Vertrag. Gewiß spreche man nur von Sport, aber es handele sich nach der Ansicht des Blattes in Wirklichkeit um richtige militärische Ausbildungsperioden von drei Wochen.

Das „Echo de Paris" schreibt, gewiß hätten diejenigen, die die Verordnung über die Schaffung des neuen Organismus in Deutschland abgefaßt hätten, die Worte, die in den Artikeln 173, 174 und 177 des Versailler Vertrages enthalten seien, umgangen; aber es würden sich nur diejenigen täuschen lassen, die sich täuschen lassen wollten. Herriot habe gestern vormittag lange mit seinen Dienststellen beraten, und er nehme die Angelegenheit ernst. Deutschland könnte, so heißt es in dem Artikel weiter, sofort ein Berufsheer in Aktion setzen, das dreimal stärker sei, als es der Versailler Vertrag vorsehe. Die Schätzung des französischen Generalstabes laute auf 750 000 Mann. Außerdem würde Deutschland dann noch über eine Miliz von unbestimmter Stärke verfügen. Gegenüber diesen Streitkräften würde die auf der einjährigen Dienstzeit aufgebaute französische Armee als veraltet und ihrer Rolle nicht gewachsen erscheinen. Die Hälfte der französischen Truppen, die unter den Fahnen stünden, sei die größte Zeit über nicht fähig, Kriege zu führen. Die französischen Deckungstruppen seien ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Daran änderten auch die Befestigungswerke nichts; denn sie hätten nur insofern Wert, als sie von manövrierfähigen Truppen bedient würden. So dürften die Dinge nicht bleiben. Angesichts des wiedererstehenden Deutschland müsse das französische Heer reformiert werden.

Sogar das „Oeuvre" wendet sich recht scharf gegen die in Deutschland getroffenen Maßnahmen und schreibt, die Organisierung der Jugenderziehung erfolge wie im faschistischen Italien und im sowjetistischen Rußland. Gewiß werde die Reichswehr um keinen Soldaten vermehrt, es gäbe aber 100 000 Zivilisten in Uniform. Gewiß werde es keine neuen Kasernen und keine neuen Manöverfelder geben, aber Barackenlager mit allem, was für den Felddienst nötig sei.

Der „Ami du Peuple" erklärt, man verletze deutscherseits den Versailler Vertrag nicht; man begnüge sich damit, sich über ihn hinwegzusetzen. Es sei unerläßlich, daß man sich am „Quai d'Orsay darum kümmere, daß die französische Antwortnote auf die deutsche Denkschrift nicht im Sinne der Schwäche und des Verzichts ausgelegt werde.

# Der Kaiser ging, die Generäle blieben

46) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Der Unabhängige Lothar Popp, der nach den Abmachungen vom Abend vorher nur um den Preis des Gouverneurpostens für Noske seinen Sodatenratssitz erhalten wird, steuert ohne Umwege auf das Ziel los: „Genossen, ich schlage zu allererst vor, den jetzigen Gouverneur Souchon abzusetzen, damit der Verwaltungsapparat endlich in Bewegung kommt. Es haben sich bereits eine Menge Offiziere und Beamte gemeldet und sogar ein Admiral, die sich dem A- und S-Rat unterordnen wollen. Als neuen Gouverneur schlage ich den Reichstagsabgeordneten Genossen Gustav Noske vor!"

„Das geht heute Schlag auf Schlag!"

„Die Gefangenen frei!"

„Arbeiter- und Soldatenrat in Lübeck!"

„Und in Brunsbüttel und Cuxhaven!"

„Souchon verschwindet!"

„Noske Gouverneur!"

Ein kaiserlicher Admiral ist einzutauschen gegen einen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten — die Entscheidung in diesem Falle ist leicht zu treffen!

Sogar die Opposition schweigt.

„Hand hoch — wer dafür ist! Danke!"

„Die Gegenprobe. Ich stelle fest, Genosse Noske ist einstimmig zum Gouverneur gewählt!"

Die Versammlung geht weiter!

Noske läßt sich entschuldigen — er hat zu tun; er muß sich schleunigst in die Angelegenheiten des Gouverneurs einarbeiten. Dem Präsidium hinterläßt er eine Menge Fragen, die erledigt werden müssen und die ausreichen, die Versammelten eine ganze Weile zu beschäftigen.

Er fährt allein ins Stationsgebäude zurück, läßt den Admiral Souchon und die Offiziere des Stabes zu einer Besprechung bitten und gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, Männer wie Souchon in einer solchen Lage vor sich sehen zu müssen. Er bittet die Offiziere im Interesse des Landes, der Soldaten und der Einwohner Kiels, ihm bei der Leitung der Geschäfte helfend zur Seite zu stehen.

Dann verfaßt er seine erste Proklamation an die Truppen und an die Einwohnerschaft des Festungsbereichs Kiel.

Nach Berlin telephoniert er:

„Ich habe den Posten eines Gouverneurs annehmen müssen und bereits gute Erfolge erzielt!" Seine Wahl vom A- und S-Rat genügt ihm nicht. Die Reichskanzlei muß damit einverstanden sein, und er ruht nicht eher, bis der Staatssekretär der Marine seine förmliche Bestallung zum Gouverneur ausfertigt. So ist er nach beiden Seiten gedeckt. Oberster Beauftragter der Revolution — aber mit Zustimmung und unter förmlicher Bestätigung der kaiserlichen Regierung!

Das hätte Souchon niemals fertig gebracht!

Ein kaiserlicher Admiral hat Prinzipien, er glaubt an ein bestimmtes politisches Ideal, das er mit äußerster Gewalt verteidigen, das er aber nicht verleugnen wird. Er kann dafür fallen, er kann sich auch entschließen, zur anderen Seite überzugehen, aber dann mit dem Ziel, diese Seite seinen — den alten — Idealen zu unterwerfen.

Anders die Sozialdemokraten: Sie sind im Prinzip für den Frieden und dienen dem Krieg. Sie sind für die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft und dienen dem Kapitalisten! Sie sind für die Internationale der Arbeiterschaft und haben ihre gesamte Presse in den Dienst der nationalen Propaganda gestellt. Ihr Programm erstrebt die freiheitliche, klassenlose Gesellschaft, aber ihre Männer sind Bestandteil der Klassenregierung. Um der Tagesvorteile willen tauschen sie ihre ursprünglichen Prinzipien gegen Machtpositionen im Staate aus.

Diesem Wesen seiner Partei ist Noske in Kiel vollendet gerecht geworden. In zwei schnellen Sätzen hat er die oberste Machtposition erreicht. Es war zwar eine Position von gestern, schon ausgeschaltet und bedeutungslos, aber Noske befestigte sie wieder. Mit Hilfe der revolutionären Matrosen und mit Hilfe der Offiziere, gegen die die Revolte gerichtet war.

Eine Machtposition auf zwei so entgegengesetzten Kräften zu errichten — dazu gehört die besondere Tradition und Schule der Sozialdemokratie.

Der Mann mit den zwei Gesichtern ist dazu nötig:

Der Volksredner, der in gewerkschaftlichen und politischen Versammlungen, gelegentlich auch von der Reichstagstribüne herunter, gegen Kapitalismus, Militarismus, gegen Junkerherrschaft und gegen die finsteren Mächte der Kirche und Reaktion wettert und andererseits der Parlamentarier und Staatsmann, der mit den Vertretern derselben Mächte, gegen die er im Parterre Millionen gläubiger Arbeiter aufruft, sich in Ausschüsse und Regierungsstellen zusammensetzt und den Apparat des Obrigkeitsstaates im Gange hält und schützt. Diese Doppelstellung ist Grundlage der sozialdemokratischen Macht und zugleich die Ursache ihrer politischen Unfruchtbarkeit.

In Kiel hat Noske gesiegt, und mit Noske und der Sozialdemokratie die von der Matrosenerhebung gestürzten Offiziere.

Eine Klippe tauchte noch auf: Haase.

Noske traf ihn an dem Tage, als er Gouverneur wurde, abends in dem Zimmer, das er als oberster Soldatenrat bewohnt hatte. Müde und von seiner langen Irrfahrt abgespannt war Haase in Kiel angekommen. Den letzten Teil der Reise hatte er im offenen Auto zurückgelegt. Er sah ein, daß er zu spät gekommen war, um die Ereignisse in Kiel beeinflussen zu können, und scheute sich, nachträglich den Kampf aufzunehmen. Schon am nächsten Tage fuhr er nach Berlin zurück.

Noske telephonierte an Scheidemann nach Berlin:

„Soeben traf auch Haase hier ein. Wenn es Streitigkeiten gibt, ist die Sache natürlich unmöglich zu machen. Haase gab mir die Versicherung, daß die Einigkeit nicht gestört werden soll. Er erwartet dafür Gegenleistungen in Berlin!"

### Die Meuterer fahren ins Land

Raumschuh, Bonczyk, Fiete, Hein — die neun Matrosen, die wie viele andere sich zu einem Trupp zusammengefunden haben, um mit der Bahn oder zu Fuß Kiel zu verlassen und die Revolution weiterzutragen, fanden auf dem Bahnhof einen zur Abfahrt nach Hamburg bereitstehenden Zug vor.

Das Regime Noske war noch nicht bis in die untersten Posten durchorganisiert. Die Matrosen der Bahnhofswache sahen sich nur die Gesichter der nach auswärts Fahrenden an. Die Gesichter und die umgehängten Gewehre genügten noch als Ausweis.

Und so saßen die neun Mann im Zug.

„Da sind wir also!"

„Gestern soll schon eine große Versammlung in Hamburg gewesen sein. Die Werftarbeiter wollen streiken! Wenn wir bloß schon da wären."

Die Matrosen fürchten, zu den Ereignissen in Hamburg zu spät zu kommen. Daß sie vielleicht zu früh kommen und auf dem Bahnhof mit Schüssen empfangen werden könnten — daran denken sie nicht.

Die Fahrt geht durch friedliches Land.

Ein Bauer stapft hinter seinem Gespann her und pflügt die fetten Schollen der holsteinischen Erde um. Vor einem Himmel geballter, glänzender Wolken drehen sich langsam die Flügel einer Windmühle. An einer Bahnschranke stehen Kinder, ein halbwüchsiges zerzaustes Mädchen winkt. Die Dorfstraße liegt im matten Licht der Novembersonne.

Auf einer kleinen Station steigen Munitionsarbeiterinnen ein, junge Frauen zwischen zwanzig und dreißig.

„Wir streiken!" sagt eine der Frauen.

„Ja, nach Hamburg fahren wir, nach Hause."

„Es geht ja auch nicht mehr, es mußte so kommen!"

„Die da oben hätten noch lange nicht Schluß gemacht!"

(Fortsetzung folgt.)

# Das rote Gewerkschaftsbuch*)

## Der Wegweiser zur positiven revolutionären Gewerkschaftsarbeit

M. G. Gibt es eine positive revolutionäre Gewerkschaftsarbeit? Kann der Revolutionär Gewerkschaftler, kann der Gewerkschaftler Revolutionär sein? Oder ist Gewerkschaftsarbeit an sich reformistisch, ist revolutionäre Politik an sich antiu. oder mindestens ungewerkschaftlich?

Diese Fragen kommen in der Arbeiterschaft nicht zur Ruhe. Denn sowohl die reformistische Führung der Gewerkschaften als die ultralinke Führung der KPD-RGO haben ein Interesse daran, zwischen positiver Gewerkschaftsarbeit und revolutionärer Politik einen unüberbrückbaren Gegensatz zu konstruieren.

**Das Rote Gewerkschaftsbuch gibt die Antwort auf diese Fragen.**

Es bejaht klar und eindeutig die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes für die revolutionäre Politik, der revolutionären Politik für den gewerkschaftlichen Kampf. Es zeigt den gewerkschaftlichen Kampf als einen Bestandteil des revolutionären Klassenkampfes, es zeigt die dialektische Wechselwirkung zwischen Gewerkschaftsarbeit und revolutionärer Politik.

Das Rote Gewerkschaftsbuch sagt damit nichts Neues. Es setzt die Linie fort, die Marx, Luxemburg und Lenin eingeschlagen haben. Aber es begründet die alten revolutionären Grundsätze neu aus der heutigen Situation. Es zeigt, daß die marxistischen Grundsätze der revolutionären Gewerkschaftspolitik nicht überholt sind durch die Entwicklung, daß sie nicht nur gelten für eine vergangene Epoche, daß sie heute, in der Krise des kapitalistischen Systems, gültig und anwendbar sind.

Die Untersuchung der gesellschaftlichen Zustände im absteigenden Krisenkapitalismus von heute bildet das Fundament des Buches. Die gesellschaftliche Welt in der die Gewerkschaften leben, ihre Entwicklung von den Höhen der Konjunktur in den Abgrund der Krise wird dargestellt. Denn eine marxistische Behandlung des Gewerkschaftsproblems geht von der Tatsache aus, daß die Gewerkschaften nicht im luftleeren Raum existieren, daß sie vielmehr gesellschaftliche Erscheinungen sind. So werden die Gewerkschaften in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang begriffen: im Zusammenhang des absteigenden Kapitalismus, da das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate sich immer schärfer durchsetzt, der imperialistische Kampf um den nichtkapitalistischen Raum täglich verzweifelter wird.

Aus der Analyse des absteigenden Kapitalismus werden die Aufgaben der Gewerkschaften abgeleitet.

**Der Wandel der gesellschaftlichen Entwicklung, der das Dasein und die Wirkungsmöglichkeiten der Gewerkschaften beeinflußt, wandelt auch die gewerkschaftlichen Aufgaben.**

Sie sind im absteigenden Kapitalismus andere als im aufsteigenden. Denn der absteigende Kapitalismus drückt den Lebensstandard der Arbeiterklasse mit eiserner Konsequenz täglich tiefer, während im aufsteigenden Kapitalismus noch Raum blieb für vorübergehende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhungen. Der absteigende Kapitalismus bringt der Arbeiterschaft nicht nur die relative, sondern die absolute Verelendung. Und darum stellt der Krisenkapitalismus heute den Gewerkschaften als unmittelbare Aufgabe: den Kampf für den Sturz des kapitalistischen Systems und für die Eroberung des Sozialismus.

„... Es erweist sich, daß heute auch schon allein die Sicherung der nackten Existenz der Arbeiterklasse mit den Notwendigkeiten des Kapitalismus kollidiert und daß sogar schon der Schutz gegen weitere Verelendung des Proletariats die Sprengung der Zwingburg des Kapitalismus zum Gebot erhebt. Es kann darum auch keinen Zweifel darüber geben, wo heute die vornehmliche Aufgabe der Gewerkschaften liegt: ihr Kampf muß unmittelbar ausgerichtet sein auf die Eroberung des Endziels. Als diejenige Organisation des Proletariats, die über die größte Zahl und die größte soziale Macht verfügt, legt heute die Geschichte den Gewerkschaften die Verantwortung für das fernere Schicksal der Arbeiterklasse in die Hand."

Die Untersuchung des absteigenden Krisenkapitalismus von heute hat gezeigt, daß die Aufgaben der Gewerkschaften nicht kleiner, sondern größer geworden sind. Sie haben sich ausgeweitet von der Verteidigung der Tagesinteressen zum unmittelbaren Kampf für die revolutionäre Durchsetzung des Sozialismus. Und die positive revolutionäre Gewerkschaftsarbeit, die früher einen Ausschnitt des Klassenkampfes darstellte, ist damit in den Mittelpunkt des proletarischen Befreiungskampfes gerückt.

Darum werden die gewerkschaftlichen Spezialfragen nicht beiseite geschoben. Die positive Gewerkschaftsarbeit, die Organisierung der Arbeiter, der Abschluß von Tarifverträgen, die Betriebsrätetätigkeit, ja selbst die Beteiligung an Schlichtungsverhandlungen sind keine — an sich — reformistischen Handlungen, mit denen ein Revolutionär sich nicht beflecken darf. Das Rote Gewerkschaftsbuch zeigt klar und deutlich, daß Gewerkschaftsarbeit sowohl im reformistischen als auch im revolutionären Sinne geleistet werden kann. Und es zeigt noch ein anderes: daß der absteigende Kapitalismus, der nicht nur alle früheren Errungenschaften, sondern bereits die nackte Existenz der Arbeiter angreifen muß, kaum mehr Raum läßt für eine reformistische Gewerkschaftsarbeit, d. h. für eine Interessenvertretung der Arbeiter, die nicht getragen wird vom rücksichtslosen und unbedingten Klassenkampf. Es stellt dar, wie heute die Vertretung auch der unscheinbarsten Tagesinteressen unmöglich wird auf dem Boden des Klassenkompromisses und der prinzipiellen Anerkennung des kapitalistischen Systems.

**Das ist die große Erkenntnis, die das Rote Gewerkschaftsbuch herausarbeitet: Heute, in der Systemkrise des Kapitalismus, gibt es für die Gewerkschaften nur noch den ganzen Kampf oder die ganze Kapitulation! Und darum ist heute positive Gewerkschaftsarbeit nur noch vom revolutionären Standpunkt aus oder gar nicht möglich.**

Aus dieser Erkenntnis entspringt die Einsicht in die Grenzen des nurgewerkschaftlichen Kampfes. Es wird festgestellt, daß die Gewerkschaften, wenn sie die unmittelbaren materiellen Interessen der Arbeiter, d. h. die Verteidigung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen, wahrnehmen wollen, in der gegenwärtigen Epoche des Kapitalismus nicht mehr mit nurgewerkschaftlichen Mitteln auskommen.

Aber daraus wird nicht gefolgert, daß der nurgewerkschaftliche Kampf nun als unzeitgemäß und sinnlos einzustellen sei, sondern daß er auszuweiten und zu steigern sei zum politischen Massenkampf. Die Machtmittel der Gewerkschaften müssen gegen die gesamte Kapitalistenklasse und ihren Staat eingesetzt werden, weil der Druck auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen heute auch nicht mehr vom einzelnen Unternehmer ausgeht, sondern von der Kapitalistenklasse zentralisiert durch staatliche Notverordnung und staatliche Schlichtung ausgeübt wird.

„Wenn die Gewerkschaften demgegenüber ihre speziellen Aufgaben, die Sicherung und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erfüllen wollen, dann müssen sie ihren Kampf weniger gegen den einzelnen Unternehmer als gegen den Staat ... und schließlich gegen das kapitalistische System selbst richten. Das aber ist politischer Kampf. Wollen die Gewerkschaften in diesem politischen Kampf den notwendigen Druck ausüben, dann müssen sie — in enger Verbindung mit den Arbeiterparteien — ihre gewerkschaftlichen Machtmittel, d. h. die Millionen Gewerkschaftsmitglieder und mit ihnen die übrigen Arbeitermassen, in außerparlamentarischen Aktionen ... einsetzen. Diese Aktionen werden zu politischen Bewegungen, indem sie neben und über die Forderung der Verhinderung eines Lohnabbaues hinaus ihren Stoß gegen die Regierung und die ganze kapitalistische Klasse richten und sich als Ziel die Durchsetzung bestimmter politischer Forderungen setzen, wie: sofortige Aufhebung der arbeiterfeindlichen Notverordnungen, Beseitigung des Schlichtungswesens, für die gesetzliche, d. h. generell gültige 40-Stunden-Woche, Oeffnung und Fortführung stillgelegter Betriebe unter Kontrolle der Arbeiter und Angestellten u. dgl. ...."

Die Krönung der positiven revolutionären Gewerkschaftsarbeit in der heutigen Systemkrise ist der politische Massenstreik. Er ist die gesammelte Kraft, die aus der vielgestaltigen gewerkschaftlichen Kleinarbeit herauswächst.

Die Kritik, die an der gewerkschaftlichen Haltung des Reformismus und der KPD-RGO geübt wird, geht aus von der Feststellung, daß sowohl die reformistische als auch die ultralinke Gewerkschaftspolitik den gesellschaftlichen Bedingungen im absteigenden Kapitalismus nicht entspricht. Sie greift den utopischen und unmarxistischen Charakter dieser beiden Richtungen der Gewerkschaftspolitik an. Sie zeigt, daß sowohl die Reformisten als die Ultralinken Gewerkschaftspolitik aus der blauen Luft machen; sie zeigt die Wurzel aller Fehler der Reformisten und der Ultralinken: die Nichtbeachtung der konkreten gesellschaftlichen Bedingungen im absteigenden Kapitalismus.

„Das hauptsächlichste Merkmal des verfehlten RGO-Kurses ist die völlige Außerachtlassung der veränderten Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes im niedergehenden Kapitalismus. Die ganz außerordentliche Erschwerung des gewerkschaftlichen Kampfes durch eine nach vielen Millionen zählende Armee von Dauererwerbslosen und Kurzarbeitern, wie durch den sich immer mehr verschärfenden internationalen Konkurrenzkampf des Kapitals kommt für die RGO-Strategen überhaupt nicht in Betracht. Sie sind erfüllt vom syndikalistischen Aberglauben an die Allmacht des gewerkschaftlichen Kampfes und bilden sich demzufolge ein, daß es durch den reingewerkschaftlichen Kampf auch heute noch durchweg möglich sei, den Unternehmern Zugeständnisse abzuringen."

An anderer Stelle wird gezeigt, wie die Außerachtlassung der veränderten Bedingungen auch der reformistischen Gewerkschaftspolitik zugrunde liegt und wie diese Außerachtlassung auf der reformistischen Seite den anderen Aberglauben, die Theorie von der Ohnmacht der Gewerkschaften erzeugt.

Auch die Kritik an den Reformisten und den Ultralinken fußt auf der marxistischen Analyse der gesellschaftlichen Situation. Und darum ist sie bei aller Schärfe und Schonungslosigkeit positive Kritik. Sie will nicht anklagen und schuldig sprechen, sondern

den Weg zeigen,

der aus der unfruchtbaren und unwirklichen Gewerkschaftspolitik des Reformismus und der RGO herausführt. Das Rote Gewerkschaftsbuch schließt nicht mit der resignierten Feststellung der eingetretenen Fehlentwicklung, nicht mit einer pathetischen Anklage, sondern mit der Aufforderung: „Darum bei aller Kritik am Bürokratismus nicht nur darüber jammern und damit die eigene Passivität entschuldigen, sondern Hand angelegt, alle Kräfte der Opposition ans Werk!"

Das Rote Gewerkschaftsbuch, das die positive Aufgabe der Gewerkschaftsopposition unzweideutig herausarbeitet, ist das Werk eines Autorenkollektivs. Die Autoren August Enderle, Heinrich Schreiner, Jacob Walcher, Eduard Weckerle haben sich von verschiedenen Seiten her zusammengefunden. Die einen sind aus der SPD, die anderen aus der KPD gekommen. Sie haben ihre gewerkschaftlichen Erfahrungen auf verschiedenen parteipolitischen Standorten gesammelt. Ihr Werk ist aus einem Guß. Die Klassenaufgabe, mit marxistischer Analyse ergründet, mit revolutionärem Willen gewollt, sieht gleich aus, woher man auch kommen mag. So legen sie dieses Buch vor, als Beweisstück, daß der Kampf um die Aufgabe von heute die Schatten der Vergangenheit zu bannen vermag. Und so wird der Wegweiser der positiven revolutionären Gewerkschaftsarbeit zum Wegweiser der Einheit!

*) „Das Rote Gewerkschaftsbuch." Freie Verlagsgesellschaft G. m. b. H., Berlin O 27. 192 Seiten. Preis 4,50 Mk., Organisationsausgabe 3,— Mk.

# An die Partei!

**Am 3. September ist an die Bezirke zur Weiterleitung an die Ortsgruppen Material für unsere Gewerkschaftsarbeit versandt worden.**

**In solchen Ortsgruppen, wo bisher zu dem Material noch nicht in einer Mitgliederversammlung oder Funktionärkonferenz Stellung genommen worden ist, muß die Mitgliedschaft auf eine schleunige und gründliche Auswertung des Materials drängen.**

**Die den Ortsgruppen zugestellten Fragebogen, die die Grundlagen für den Aufbau unserer Gewerkschaftsarbeit ergeben sollen, müssen gewissenhaft ausgefüllt und auf dem schnellsten Wege an die Bezirksleitungen gesandt werden.**

**Bei der Gelegenheit bemerken wir, daß die meisten Genossen noch immer nicht die Bedeutung einer regelmäßigen Berichterstattung erkannt haben. Wir machen daher darauf aufmerksam, daß über alle einigermaßen wichtigen betrieblichen und gewerkschaftlichen Ereignisse an den PV und vor allen Dingen auch an unsere Presse berichtet werden muß.**

**Der Parteivorstand**
**i. A.: J. Walcher**


## Werbt Abonnenten!

**Verantwortlich:** Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

**Redaktion:** Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telephon 206 02.

**Bezugspreis:** Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

**Inseratenpreis:** Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

**Expedition:** Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telephon 206 02.

**Alle Zahlungen** sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.



# IHR VORTEIL

ist es, wenn Sie noch heute für sich und Ihre Familienangehörigen eine

**LEBENSVERSICHERUNG**

abschließen. Niedrige Prämiensätze, günstige Versicherungsbedingungen und größte Sicherheit bietet Ihnen die

**VOLKSFÜRSORGE**

Gewerkschaftlich – Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft
Hamburg 5, An der Alster 57—61

**Auskunft erteilen die Rechnungsstellen**
oder der Vorstand der Volksfürsorge
in Hamburg 5, An der Alster 57—61

Vom 15. Sept. bis 15. Okt. Vom 15. Sept. bis 15. Okt.

**SONDER-ANGEBOT!**

für die jetzt dringender denn je notwendige

**SCHULUNGSARBEIT**

innerhalb der Arbeiterschaft bieten wir an:

„Unsere Stellung zu Sowjetrußland"
„Auf dem Wege zum Sozialismus"
„Das rote Gewerkschaftsbuch"

zusammen für RM. 6.—

Der Versand erfolgt nur gegen Vorauszahlung auf das Postscheckkonto: Freie Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin Nr. 151 261 oder gegen Nachnahme

**Freie Verlagsgesellschaft m. b. H.**
Berlin O 27 Magazinstraße 15/16


# Stärkt den Pressefond!

# Die Ueberfallspläne der SA erwiesen

## Der Ueberfall in Kanth vorbereitet — SA gab den ersten Schuß — Weitgehende Entlastung der angeklagten Proleten

Der gestrige Verhandlungstag, der dritte im Prozeß über die Kanther Vorgänge, brachte als wichtigstes Ergebnis den klaren Beweis für die Ueberfallspläne der SA. Von einigen der NSDAP angehörigen oder ihr nahestehenden Zeugen wurden zunächst weitere Angeklagte belastet. So hörte der Zeuge Schelenz, dessen Sohn Mitglied der NSBO ist, Schmährufe von beiden Parteien. Auf Seiten des Reichsbanners schrie man plötzlich:

**„Halt! Es wird geschossen!"**

Darauf hielt der Zug. Es fielen ungefähr 14 bis 16 Schüsse. Die 57 Jahre alte, parteilose Frau Kuhl, Mutter von 7 Kindern, die zur Schande der Anklagebehörde jetzt noch auf der Anklagebank und in Untersuchungshaft sitzt, soll, an einer Haustür stehend, lediglich gesagt haben:

**„Na, da sehen Sie, was die Nazilergen gemacht haben, sie haben geschossen."**

Den Angeklagten Jungmann sah der Zeuge nur in Unterhaltung mit einigen Reichsbannerleuten und folgerte daraus ohne jeden Anhaltspunkt, daß er die Leute auf verschiedene Grundstücke aufmerksam gemacht habe, in denen sich SA-Leute verborgen hielten. Nähere Angaben dazu kann er nicht machen. Der Zeuge Reimann bekundet ebenfalls, Jungmann bei der Unterhaltung beobachtet zu haben. Auf Befragen, wieso ihm dabei dessen Verhalten aufgefallen sei, gibt er die merkwürdige Antwort, das sei ihm erst bei einer Unterhaltung mit seinem Arbeitgeber bewußt geworden. Nun ist der Arbeitgeber der Schwiegersohn von Schelenz. Man wird also in der Vermutung nicht fehl gehen, daß die Aussagen dieses Zeugen von seinem Arbeitgeber nicht unbeeinflußt geblieben sind. Gegen den Angeklagten Jungmann werden sonst keine belastenden Aussagen gemacht.

Wichtig ist die Bekundung des Zeugen Rösler. Dieser hat gesehen,

**wie der angeklagte SA-Führer Vater den ersten Schuß abgab und der SA den Befehl zum Feuern erteilte. Erst dann habe der Reichsbannerzug auf Befehl Halt gemacht. Den im Prozeß als Zeugen vernommenen SA-Mann Laufer erblickte Rösler mit der Waffe in der Hand. Von dem Zeugen Schaar wurde ihm die bemerkenswerte Mitteilung gemacht:**

**„Wenn morgen die Teilnehmer des Roten Treffens kommen, passiert etwas."**

Zeuge Schaar gibt auf Befragen zu, die Worte von seinem der SA angehörenden Bruder gehört zu haben, als er sie zu seiner Mutter äußerte. Der Staatsanwalt und der Verteidiger der angeklagten Nationalsozialisten widersprechen der Vereidigung dieses Zeugen, offenbar unangenehm berührt durch die Bekundung, daß von seiten der SA der Ueberfall auf die Teilnehmer des Roten Treffens geplant gewesen ist. Wie der Zeuge Rösler bekundet auch der Zeuge Diering, daß der SA-Mann Vater zuerst geschossen habe. Der Angeklagte SA-Mann Kann habe eine Waffe geführt. Wie gestern der Zeuge Meyer sagt der Zeuge

**Barras aus, Brieger, der unter Eid leugnete, eine Waffe getragen zu haben, habe eine solche in der Hand gehalten. An dem Meineid des SA-Mannes Brieger scheint demnach kein Zweifel zu bestehen.**

Der Zeuge Liehs will von der Angeklagten Kuhl eine Ohrfeige erhalten haben. Sie soll auf ihn gezeigt und Hetzworte gesagt haben. (Die alte Frau ist deswegen der Rädelsführerschaft und des Landfriedensbruchs angeklagt!) Der Schwiegersohn der Kuhl erklärt jedoch, Liehs habe von ihr keine Ohrfeige erhalten. Sie habe vielmehr niemandem gestattet, Latten von ihrem Zaun abzureißen. Der Zeuge Schrenner sah einen Reichsbannermann auf das Arnoldsche Grundstück zugehen. Als er sich am Bordstein befand, fiel aus dem Haus ein Schuß, und der Mann, in dem wir wohl Tilke zu erblicken haben, sank getroffen zu Boden.

**Daraufhin wurde fortwährend aus dem Hause heraus geschossen. Der Zeuge Kastner, selbst Mitglied der SA-Reserve, will dem Angeklagten SA-Führer Vater empfohlen haben, sich, wenn der Reichsbannerzug Kanth passiere, zurückzuziehen und nicht zu provozieren. Vater hat jedoch daraufhin erklärt:**

**„Wir bleiben hier, mag passieren, was will. Ich gebe dir den Befehl, hierzubleiben."**

Der Zeuge Kastner gibt diese Aussage erst zu, als ihm die Aussage des Zeugen Hoffbauer in der Voruntersuchung vorgehalten wird, wonach Kastner die Aeußerung am Montag nach dem Tattage zu verschiedenen Frauen an einem Gemüsestand geäußert hat. Schließlich bekundet auch Zeuge Mrosek, der Reichsbannerzug habe erst gehalten, nachdem die ersten Schüsse von seiten der Nazis gefallen waren.

**Nach Abschluß der Zeugenvernehmung verliest der Verteidiger, Rechtsanwalt Bandmann, ein Schreiben, das der sozialdemokratische Parteisekretär Schiffer, der Führer des Zuges der Eisernen Front, an den Landrat des zuständigen Kreises gerichtet hat. In diesem Schreiben wird über eine Aeußerung Beschwerde geführt, die der Gemeindevorsteher von Rackschütz einige Tage vor dem dort angesetzten Roten Treffen zu verschiedenen Wohlfahrtsunterstützungsempfängern fallengelassen hat. Der Gemeindevorsteher hat danach erklärt:**

**„Wer nicht am Sonntag, wenn die Roten kommen, die Lergen mit der Mistgabel aus dem Dorfe jagt, dem wird am Montag die Wohlfahrtsunterstützung gesperrt."**

Der Gemeindevorsteher hat auf diese Aeußerung hin von der Behörde eine Rüge erhalten und ist einer Bestrafung nur deswegen entgangen, weil er sich bisher nichts zuschulden kommen ließ. Somit hat auch dieser Verhandlungstag eindeutig gezeigt, daß der Ueberfall auf den Zug der Eisernen Front von seiten der SA von langer Hand vorbereitet und der erste Schuß von dieser Seite abgegeben worden ist. Wir setzen den Bericht über die Verhandlung, die voraussichtlich am Sonnabend ihren Abschluß finden wird, in der nächsten Nummer der SAZ fort. Plädoyers und Urteil sind am Sonnabend zu erwarten.

E. K.

# Zum Tode verurteilt

## Giftmordprozeß Springer

In einer der verschiedenen Ausgaben unserer Zeitung brachten wir gestern bereits einen Bericht über den ersten Verhandlungstag eines Prozesses gegen den Oberlandjäger Springer, der angeklagt ist, seine Geliebte mit Strychnin vergiftet zu haben. Der Prozeß fand vor dem Beuthener Sondergericht statt. Wir bringen, ohne zunächst gegen das Todesurteil zu polemisieren (wir kommen nach Erfolg oder Nichterfolg des Gnadengesuches darauf zurück!), die Reihe der vom bürgerlichen Wolffschen Telegraphenbüro herausgegebenen Meldungen:

**Zweiter Verhandlungstag.**

„Vor der Fortsetzung der Zeugenvernehmung im Springer-Prozeß kommen zunächst einige Beweisanträge der Verteidigung zur Verlesung, die darlegen sollen, daß der Angeklagte an dem fraglichen Tage von einem Straßenbauarbeiter gesehen worden ist, bzw. daß die Giftanschaffung wegen Raubzeuges tatsächlich notwendig war. Im Mittelpunkt der Zeugenvernehmung stand der Mann der Verstorbenen, der 29 Jahre alte Arbeiter Mainka, der aussagte, daß er sofort auf Springer Verdacht gehabt habe, als ihm von dem Vorfall Mitteilung gemacht worden sei. Eingehend wird dann die Frage nach der Vaterschaft des Kindes behandelt. In einem bei den Akten befindlichen Schreiben hatte Frau Mainka bekundet, daß sie von Springer vergewaltigt worden und Springer der Vater des im Jahre 1925 geborenen Kindes sei. Im weiteren Verlauf der Zeugenvernehmung wurde die bereits vernommene Frau Wilczek nochmals aufgerufen, die im Kreuzverhör erklärt, es sei ihre feste Ueberzeugung, daß der Angeklagte jener Radfahrer ist, der der Mainka die vergifteten Bonbons gab.

„Bei der Vernehmung eines Försters stellt sich heraus, daß der Angeklagte ihn nach Gift gefragt hat, zu einem Zeitpunkt, als er eine Vorladung in der Alimentenklage Mainka erhalten hatte.

Bewegung verursacht die Aussage des jetzt im Ruhestand lebenden Amtsnachfolgers des Angeklagten in Broslawitz, Landjägermeister Sauer, daß der Angeklagte eines Sonntags während der Kirchzeit zu einer anderen von ihm mißbrauchten Frau gegangen sei, als diese allein zu Hause war. Er habe ihr ein Pulver in den Kaffee geschüttet und ihr gut zugeredet, „es werde alles gut gehen". Die Frau habe jedoch den Kaffee ausgeschüttet und auf dem Boden der Tasse einen grünen Satz gefunden. Der Pole, den die Frau Mainka zunächst auf das Drängen des Springer als den Vater des Kindes angegeben habe, habe Springer ohne Ausweispapiere über die Grenze geschafft.

Ein Kreisausschußsekretär bekundet, daß die eidesstattliche Versicherung der Frau Mainka, die sich bei den Akten befindet und worin sie den Polen Jakoczinski als den Vater des Kindes bezeichnet, nicht auf Grund der Aussagen der Frau Mainka, sondern von Amtswegen vorgeschrieben und der Frau Mainka lediglich zur Unterzeichnung vorgelegt worden sei."

**Der Oberlandjäger Springer wurde heute vom hiesigen Schwurgericht wegen Mordes zum Tode und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und wegen schwerer Urkundenfälschung zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.**

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß der Mord auf Grund unmittelbaren Beweises und die Urkundenfälschung auf Grund mittelbaren Beweises für das Gericht feststehe. Da es sich um das Urteil eines Sondergerichts handelt, ist das Urteil mit der Verkündung rechtskräftig, falls nicht die Gnadeninstanz von ihrem Recht innerhalb 24 Stunden Gebrauch macht.

## Ein Gnadengesuch

**Beuthen OS., 16. September.**

Gleich nach Schluß der Verhandlung vor dem Sondergericht überreichte der Verteidiger Dr Kirsch-Beuthen OS des zum Tode verurteilten Oberlandjägers Springer ein Gnadengesuch seines Mandanten. Die Vollstreckung des an und für sich infolge des Verfahrens vor dem Sondergericht mit der Verkündung rechtskräftig gewordenen Urteils wird dadurch suspendiert, da dem Ministerium neben dem ausführlichen schriftlichen Urteil besonders die Stellungnahme des Oberstaatsanwalts, des Vorsitzenden des Gerichts und des Beauftragten für Gnadensachen eingereicht werden müssen.

## Bezirkskonferenz der SAP für Schlesien

**Der Bezirksvorstand der SAP für Schlesien ruft hiermit für Sonnabend, den 24. September, und Sonntag, den 25. September, eine Bezirkskonferenz nach Breslau ein.**

**Sonnabend, den 24. September, 19 Uhr, im Lokal „Lessing", Adalbertstraße 10, Delegiertenkonferenz. Tagesordnung: „Organisationsfragen".**

**Sonntag, den 25. September, 9.30 Uhr, im „Bergkeller", Kletschkaustraße, Haltestelle der Linie 15: Politisches Referat des Genossen Klaus Zweiling, Berlin, „Die politische Lage und die Aufgaben der SAP". Am Sonntag haben Parteimitglieder unter Vorweisung des Mitgliedsbuches Zutritt.**

**Der Bezirksvorstand.**

## Der Schwindel vom Wirtschaftsaufschwung

### Illusion Arbeitsdienst

**Striegau, 17. September.**

Infolge größerer Aufträge für den Freiwilligen Arbeitsdienst konnten in den Striegauer Steinbrüchen in den letzten zwei Monaten eine größere Anzahl Arbeiter wieder eingestellt werden. Da diese Aufträge aber dem Ende entgegen gehen, sollen in den nächsten Tagen über 100 Steinarbeiter wieder entlassen werden.

### Wo bleibt die Wirtschaftsankurbelung

**Neurode, 17. September.**

Die Berlin-Neuroder Kunstanstalten AG. haben sich infolge Fehlens von Auslandsaufträgen gezwungen gesehen, ihre Niederlassung in Neurode gänzlich stillzulegen. Der Betrieb hat in normalen Zeiten etwa 300 Arbeiter beschäftigt. Die Stillegung bedeutet einen weiteren schweren Schlag für das hiesige Wirtschaftsleben.

**Achtung! Kolporteure der SAZ!**

**Die halbmonatliche Abrechnung der Zeitungs-Abonnementsgelder ist fällig. Wir bitten um pünktliche Abrechnung und Ueberweisung auf das Postscheck-Konto Breslau 757 89 Walter Geburt.**

**Die Geschäftsleitung.**

Ein Name, jedem Raucher vertraut, ist Juno,

die von Millionen anerkannte Josetti-Marke.

Feinste Tabakmischungen und volles Format bürgen für Güte und sichern höchsten Gegenwert.

Eine Zigarette wie

JUNO,

die alle berechtigten Ansprüche voll erfüllt, muß Zugaben in Form von Wertmarken, Gutscheinen und Stickereien ausschließen.

Alle Kenner schätzen

die unvergleichliche Juno-Qualität.

# Zur Faschisierung des Theaters

## Die Eröffnung der „Deutschen Bühne"

B. K. **Die Faschisierung des Theaters, seit Jahren systematisch betrieben, hat in Breslau ein Stadium erreicht, das die klassenbewußte, kunstinteressierte Arbeiterschaft zum schärfsten Abwehrkampf herausfordern muß. Im kleinen Kammermusiksaal des Breslauer Konzerthauses wurde gestern die „Deutsche Bühne" eröffnet. Versammelt waren die Crême der NSDAP, ihre Gauleitung, betreßte SA- und SS-Chargen, Kleinbürgertum und Studenten. Uniform und Smoking dominierten. Aber der Eröffnungsakt hatte nicht einmal den kleinen Saal zu füllen vermocht.**

Wie erwartet, begann man mit einer programmatischen Erklärung. Nach einem kurzen Rückblick auf die Aufbauarbeit schälte sich aus allerlei Phrasen ungefähr folgender Kerngedanke der neuen Theaterorganisation heraus: Man wolle keinerlei Parteikunst, sondern „Deutsche Kunst". Mit ihr gelte es, die „Seele" des deutschen Volkes zu gewinnen. Habe man diese, dann habe man auch die wirtschaftlichen, die politischen Positionen, dann habe man alles erobert. Veranschaulicht wurde dieses Programm an dem nun folgenden Stück. Es betitelt sich „Volk an der Grenze". Als Verfasser zeichnete Rudolf Fitzek.

Der Inhalt dieses in Ostoberschlesien spielenden Stückes ist folgender: Werkmeister Janoschek, ein gebürtiger Pole, wie schon der Name sagt, und selbst an eine Polin verheiratet, ist ein aufrechter Deutscher geworden. Der Preußengeist und das kolonisatorische Genie des Deutschen haben ihn sogar so weit gebracht, daß er mit einigen Werkproleten einen nichts weniger als aussichtslosen Kampf für das Deutschtum in dem bereits an Polen abgetretenen Grenzgebiet führt. Unterstützung findet er dabei nur bei dem Leiter des „Bundes der Deutschen", einer idealen Führergestalt, wie sie sich ungefähr im Kopf eines simplen SA-Proleten malt. Dagegen ist der reichsdeutsche Generaldirektor des Werks eine dem wirklichen Leben schon besser abgesehene Gestalt. Sein Deutschtum steht und fällt nämlich mit seiner Pfründe.


1932 Oktober 31. Tage

2

Sonntag

Freihalten für die Feier!

„1 Jahr SAP — 20 Jahre Klassenkampf"

Eintritt im Vorverkauf: Stehplatz 20 Pf.; Vorderparkett (Seitenplätze) 25 Pfennig; Parkett und Rang 35 Pf.; Logen 45 Pf. Eintritt an der Abendkasse: 10 Pf. teurer

**Kartenausgabe Montag ab 16 Uhr i. Sekretar.**


Und als diese durch das Intrigen- und Spitzelspiel seiner polnischen Kollegen vom Fach ernstlich gefährdet ist, zeichnet er nach kurzem inneren Scheinkampf eine runde Summe Geldes für den Wahlfond der polnischen Regierungspartei und entläßt den braven Janoschek, dem diese reichsdeutsche Tat nicht ganz in den Kopf gehen will. Noch ehe ihm die richtige Erkenntnis dämmert, erlöst ihn eine Insurgentenkugel. Der Schmerz ist ihm vorher nicht erspart geblieben, zu hören, daß seine eigene Tochter wichtige Dokumente des „Bundes der Deutschen" an ihr Verhältnis, einen polnischen Spion (!), verraten hat. Unter dem Schluchzen seiner jammervollen Gattin und dem kläglichen Geschrei der mißratenen Tochter haucht der brave Janoschek seine deutsche Seele aus.

Das Ganze ist von einer künstlerischen Wertlosigkeit, daß selbst die Mitglieder der „Deutschen Bühne" nur bei drei von neun Bildern, in denen sich die Handlung langsam zu Ende schleppte, Beifall zollten. Und die Gemeinplätze, auf denen der Autor seine dünnen Gedanken verspritzte! „Grenzvolk sein", erfahren wir dort „heißt sich entscheiden müssen". „Das Leben ist ein Foxtrot", girrt die Stenotypistin des deutschen Generalkonsulats aus ihrer hysterischen Seele. Und „Deutsch sein?" Hört einmal zu: „Deutsch sein heißt Verstand, Ordnung und Organisation". So meint der tapfere Janoschek selbst auf die Frage, warum er aus einem Saulus ein Paulus, aus einem gebürtigen Polen ein Deutscher geworden sei. „Deutsch sein" bedeutet daher „besser als Pole sein". Nun können sich die SA-Proleten auch vorstellen, ein wie guter Deutscher Karl Marx gewesen sein mag.

Doch um zum Schluß zu kommen: Die absolute künstlerische Wertlosigkeit dieses handlungs- und gedankenarmen Stückes sprang mit solcher Deutlichkeit in die Augen, daß jedes nähere Wort Verschwendung wäre. Da empfehlen wir der „Deutschen Bühne" doch lieber, den zurechtgestutzten „Wilhelm Tell" auf die Bretter zu stellen. Nur zweimal schien auch der Verfasser dieses Gebräus von widerlicher Spionage und deutschtümlicher Verworrenheit einen Gedankenblitz gehabt zu haben. Den SA-Proleten, die etwas mehr Zeit haben als Janoschek, empfehlen wir diese beiden Stellen zur besonderen Beachtung. Jenen Augenblick, wo den dürftigen Handlungsverlauf der jähe Ruf zerreißt:

Das ist ja alles Krampf, Krampf"

und den Satz, den der Generaldirektor reichsdeutscher Coleur dem Proleten Janoschek bei seiner Entlassung zuruft:

„Was wißt Ihr von der Verflechtung des Großkapitals! Ihr lebt ja auf dem Mondel"

In der Tat, hier scheint der Autor in einem tieferen Sinne freilich, als ihm bewußt gewesen ist, die Wahrheit gesprochen zu haben.

**Aber einmal wird auch den Proleten, die heute noch den gleichen Phrasen und trügerischen Versprechungen nachlaufen, die Erkenntnis dämmern. Dann wird der Sturmwind der proletarischen Revolution diese fahlen, späten Blätter der absterbenden bürgerlichen Kultur dorthin geweht haben, wohin sie schon längst gehören, auf den Kehricht. Gelegentlich des jetzigen Vorstoßes des Faschismus auf dem Gebiete des Theaters erhebt sich allerdings die dringlichste Frage, was tut die Volksbühne, was hat die Volksbühne getan? Und mit dieser Frage werden wir uns, anknüpfend an die Feier zum 10jährigen Bestehen der Volksbühne, die am vorigen Sonntag im Gerhart-Hauptmann-Theater stattfand, in einem prinzipiellen Artikel besonders befassen.**

# Das Elend wächst

## „Fürsorge"-Amt unterstützt ca. 50 000 Erwerbslose

Amtlich wird uns mitgeteilt:

**„Das Breslauer städtische Fürsorgeamt unterstützte am 31. August d. J. insgesamt 48 147 Erwerbslose;**

**auf 1000 Einwohner entfielen 78,3 Hauptunterstützte.**

**Wenn dieser — zahlenmäßige Stand der eigentlichen Wohlfahrtserwerbslosen gegenüber dem Ende des Vormonats etwa eine gleiche Höhe aufweist und nicht — ganz wesentlich angestiegen ist, so liegt das nur daran, daß infolge der neuen Bestimmungen über die Anerkennung der Wohlfahrtserwerbslosen die Ausmerzung einer beträchtlichen Zahl bislang Unterstützter aus der Gruppe der Wohlfahrtserwerbslosen erfolgen mußte; diese Ausgeschiedenen (z. B. Erwerbslose von mehr als 60 Jahren) müssen selbstverständlich weiter von der Stadt unterstützt werden, wenn auch in einer anderen Abteilung des Fürsorgeamtes.**

**Das Arbeitsamt dagegen hat eine wesentliche Entlastung erfahren, besonders infolge der Einführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung. Es zahlte am 31. August insgesamt 25 748 Hauptunterstützte gegenüber 28 072 am Ende des Vormonats. Diese Tatsache erklärt, daß der Anteil des Arbeitsamts an der Betreuung der Erwerbslosen immer geringer wird; er beträgt nur 34,8 Prozent, während der des Fürsorgeamtes auf 65,2 Prozent angestiegen ist. Diese Verhältniszahl aber bringt noch nicht die ganze Belastung der städtischen Fürsorge gegenüber der Reichsfürsorge zum Ausdruck; das Fürsorgeamt hat noch einen bedeutenden Anteil an den Kosten der vom Arbeitsamt betreuten Krisenunterstützten wie der von ihm unzulänglich unterstützten Erwerbslosen zu tragen."**

*

Die vorhandenen Zahlen, wie überhaupt jede Statistik der Arbeits- und Wohlfahrtsämter, die nach der Neuregelung der Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung durch die Papenregierung herausgegeben werden, geben völlig unzureichendes Material über die gewaltige Arbeitslosigkeit und das furchtbare Elend in Deutschland.

Tausende und Abertausende von Erwerbslosen beziehen nach dieser Notverordnung keine Unterstützung mehr. Tausende und Abertausende haben das Stempeln aufgegeben, weil sie für die paar Pfennige, die ihnen noch zustehen, sich nicht zweimal in der Woche die Schuhsohlen zum Arbeitsamt kaputlaufen wollen, weil sie nicht in der dürftigen Kleidung auf den Arbeitsämtern und Blockstellen Stunde für Stunde herumstehen wollen.

Aber auch aus dem obenstehenden Bericht läßt sich trotzalledem mit Deutlichkeit erkennen, daß in Breslau das Elend und die Erwerbslosigkeit trotz aller statistischer Verschleierungsversuche erschreckend steigen.

# Hunger und Elend als Hintergrund für die Epidemien

Aus allen Teilen häufen sich die Meldungen über die Ausbreitung der spinalen Kinderlähmung und der Diphtherieerkrankungen.

Wie wir bereits wiederholt darauf hingewiesen, ist das epidemische Auftreten dieser Krankheiten am stärksten in den von der Not am heftigsten betroffenen deutschen Gegenden zu verzeichnen. Auffällig, daß die ersten Fälle von spinaler Kinderlähmung im Waldenburger Bergland bekannt wurden.

Darüber hinaus wurde aber eindeutig festgestellt, daß in verschiedenen Gemeinden des Kreises Waldenburg die Armut und damit die

**Unmöglichkeit die fünfzig Pfennig für den Krankenschein zu zahlen**

die Eltern beim Auftreten der Krankheit dazu verleitet haben, keinen Arzt hinzuzuziehen, so daß in den meisten Fällen die Krankheit erst zu spät erkannt wurde.

Wir bringen nachfolgend eine kleine Zusammenstellung von dem Auftreten der spinalen Kinderlähmung, der Diphtherie.

Waldenburg, 17. September.

In Rothenbach hat sich die Zahl der Erkrankten an Dyphtherie auf 25 erhöht, darunter vier Erwachsene. Von der Behörde ist alles veranlaßt worden, um eine weitere Ausbreitung der Krankheit zu verhüten.
krankten an Dyphtherie auf 25 erhöht, dar-

Leobschütz, 17. September.

In Katscher ist ein fünfjähriges Kind an spinaler Kinderlähmung gestorben. Weitere Fälle von spinaler Kinderlähmung sind jedoch in Katscher nicht bekannt geworden.

Militsch, 17. September.

Auch in Militsch wurde ein Fall von spinaler Kinderlähmung festgestellt.

# Vor das Sondergericht kommen:

## Stellvertretender Stadtv.-Vorsteher Höer, Stadtrat Späte und Stadtv. Ufert

(Sonderbericht der „SAZ")

Liegnitz, 17. September.

Wir berichteten vor längerer Zeit über den Straßenterror der hiesigen Braunjacken. Als die Nazis immer provozierender auftraten, stieg auch der Abwehrwille der Proleten. Es kam zu größeren Auseinandersetzungen, so daß die Polizeiverwaltung sich endlich bemüßigt fühlte, nicht bloß immer gegen die Proleten einzuschreiten, sondern endlich den ungeheuren Anmaßungen der Nazis gegenüber durchzugreifen. Hunderte uniformierter Nazis, zumeist aus der Umgegend, durchzogen die Straßen, belästigten und schlugen Andersdenkende — bis die hiesige Polizei mit Unterstützung eines Görlitzer Schutzpolizeikommandos diese „Aktionen" der Nazis unterband.

Größere Menschenansammlungen erfolgten so auch u. a. am 25. Juni in der Innenstadt. In der Goldberger Straße, einer belebten Geschäftsstraße, war stets besonderer Treffpunkt der Nazis. Neben dem „Bummel" des „Intelligenznachwuchses" übte scheinbar die braune Pest hier eingehend und recht laut ihren Hitlerschrei. An diesem Tage, einem Sonnabend, waren auch die Proleten zahlreich auf den Beinen. Versuchte Uebergriffe der Nazis wurden so schnell unterbunden. Binnen kurzem gaben die Proleten der Goldberger Straße ihr Gepräge. Freiheit- und Rot-Front-Rufe der Massen der Proleten bewiesen, daß der Wille zum Widerstand den Nazispuk beenden kann.

Aber daß die Arbeiter zahlreich die Straßen füllte, ließ unsere Polizei nicht ruhen. Sie räumte — mit dem Radiergummi und durchaus nicht zart. Weder alte Leute noch Frauen gaben Anlaß zu einiger Rücksicht. Einige Gewerkschaftsangestellte mußten die „preußischen Machtpositionen" bzw. deren Wert am eigenen Leibe erfahren. Und obendrein sind sie jetzt angeklagt des Landfriedensbruchs, des Aufruhrs und Widerstands gegen die Staatsgewalt. Die Anklage erstreckt sich auf 11 Personen, unter denen sich stellv. Stadtv.-Vorsteher Höer, Stadtrat Späte und Stadtv. Ufert (sämtlich Mitglied der SPD) befinden, denen der Vorwurf der Rädelsführerschaft und des Aufruhrs gemacht wird. Unter den Angeklagten befindet sich 1 (ein!) Nationalsozialist, der wegen eines in seinem Besitz befindlichen sog. „Totschlägers" sich zu verantworten hat. Die Prozeßdauer ist auf einige Tage vorgesehen. Wir werden über den Verlauf berichten.

# Ein Bauarbeiter abgestürzt

**Am Freitag vormittag war der 28 Jahre alte Bauarbeiter Herbert Funder auf dem Dache des Hauses Junkernstraße 22/24 damit beschäftigt, Baugerüstleitern, die hochgezogen wurden, entgegenzunehmen. Dabei trat er einige Schritte rückwärts und bemerkte nicht, daß das Dach zu Ende war. Er stürzte aus dem dritten Stockwerk ab und fiel auf ein Glasdach, das in Trümmer ging. F. wurde ins Allerheiligen-Hospital gebracht, wo ein Bruch der Wirbelsäule und andere schwere innere Verletzungen, wahrscheinlich eine Nierenzerreißung, festgestellt wurde, so daß der Verunglückte kaum mit dem Leben davonkommen dürfte.**

# Traven in Breslau

Mittwoch, den 21. September 1932, 20 Uhr, im Saale der Monistischen Gemeinde, Breslau, Grünstraße, zwei große Kultur-Vorträge von B. Traven.

I. „Das wahre Gesicht Mexikos", Lichtbilder-Vortrag.

II. „Mexikanische Musik", Vortrag mit Schallplatten eigener Originalaufnahmen von B. Traven.

Eintritt 20 Pfg., Erwerbslose der Monist. Gemeinde sowie Mitglieder der Büchergilde Gutenberg 10 Pfg.

Da Traven ein Freidenker ist, erwarten wir einen regen Besuch.

# Konzert des Arbeitersängerbundes

Am Sonntag, 19.30 Uhr, findet im Großen Saal des Konzerthauses, Gartenstraße 39/41, ein Konzert des Arbeiter-Sängerbundes statt. Das Programm ist sehr reichhaltig. Männer- und Frauen-Gruppenchöre sowie Massenchöre bringen neben russischen und anderen Volksliedern selten gehörte Chorwerke moderner Komponisten zum Vortrag. (Bruckner, Kahn u. a.) Der Eintrittspreis beträgt mit Programm 0.50 Mark. Wir können den Besuch des Konzertes sehr empfehlen.

# Kleine Sportnachrichten

**Naturfreundejugend:**
Sonnabend, 17. 9., Tanzkreis, 20 Uhr, Rosenschule, anschließend mit den Rädern nach Peiskerwitz.
Dienstag, 20. 9., Arbeitsausschuß, 20 Uhr, Benderschule.
Mittwoch, 21. 9., Benderschule, 20 Uhr: „Lerne lachen ohne zu weinen". Max Rettig.
Freitag, 23. 9., Außenspiele, 16 Uhr, Stadion, Feld 5.
Sonntag, 18. 9., Waldfest in Peiskerwitz. Abfahrt für Radfahrer 7 Uhr vom Letzten Heller.

**Freie Esperanto-Vereinigung Breslau:** Dienstag, 20. 9., um 20 Uhr Uebungsabend. Donnerstag, 22. 9., um 22.30 Uhr Rundfunkvortrag des Gen. Treutler. Dienstag, 27. 9., pünktlich 20 Uhr im Radioheim Mitgliederversammlung.

# Wohin?

**Stadttheater** (Opernhaus). Heute, Sonnabend, 20 Uhr (Abonn.-Vorst. G 2) gelangt Puccinis „Die Bohême" zur Aufführung. Morgen, Sonntag, 19.30 Uhr, „Der Zarewitsch", Operette von Franz Lehár. Das Werk ist von Otto Dewald neu inszeniert. Dienstag, 20 Uhr (Abonn.-Vorst. A 2), „Der Freischütz".

**Lobetheater:** Heute, Sonnabend 20.15 Uhr, findet in Anwesenheit des Autors die reichsdeutsche Uraufführung von „Schuster Anton Hitt" Schauspiel von Hermann Heinz Ortner statt. Die Inszenierung liegt in Händen von Paul Barnay. Bühnenbild: Harry Wilton. Die Vorstellung wird Sonntag, 20.15 Uhr, und die folgenden Tage wiederholt.

**Gerhart-Hauptmann-Theater.** Sonnabend, 20.15 Uhr, zum ersten Male Die versunkene Glocke", Märchendrama von Gerhart Hauptmann. Die Vorstellung wird Sonntag, 20.15 Uhr, und die folgenden Tage wiederholt. Sonntag, 15.30 Uhr, findet zu kleinen Preisen eine einmalige Nachmittagsvorstellung von „Und Pippa tanzt" Glashüttenmärchen von Gerhart Hauptmann in der Inszenierung von Paul Barnay und der Premierenbesetzung statt.

**Ausstellung „Gesunde Frau — Gesundes Volk".** Für die letzte Ausstellungswoche ist ein besonders interessantes Programm zusammengestellt, das auf die einzelnen Tage wie folgt verteilt ist: Montag, den 19. September, 16.30 Uhr, Dr Maretzky: „Ernährung und Gebiß". 18 Uhr, Frau Dr. med. Meißner: „Hygiene und Haus". Dienstag, den 20. September, 15.30—18.30 Uhr, Maria Müller-Brunn: „Technik und Ausdruck in der Bewegung".

**Die Ausstellung wird bestimmt am Sonntag, den 25. September geschlossen; eine Verlängerung kommt unter gar keinen Umständen in Frage.**

# Organisations-Nachrichten

## SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 168.

**Distriktsversammlungen Montag, den 19. 9.**
7: Arlt, Berliner Str. 82. R. Nevermann.
18: Sander, Matthiasstr. 146. R. Hannak.
20: Koppe, Enderstr. 11. R. Oppler.
27: Zichos, Königgrätzer Str. R. Eckstein.
35: Hoffmann, Gr. Mochberner Str. R. Kirstein.
43: Möser, Tschansch. R. Fabian.

**Stadtteil Ost:** Frauenversammlung im Lokal zur Eisenbahn, Brüderstr., Ref.: Neufeld.

**Stadtteil Nord:** Frauenversammlung im Heim, Paulinenstr. Ref.: Kalinke.

Sekretariat. Kl. Holzstr. 3 Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr

Dienstag, den 20. September, erweiterter Vorstand.

**Delegiertenversammlung der Aktionsgemeinschaft:** am Montag, 19. September, um 19.30 Uhr im SAP-Büro. — Jedes Heim muß das Delegiertenrecht ausnützen. Unsere Genossen kommen schon um 18.30 Uhr zusammen.

**Das Herbstfest der Abt. 9, Dürrgoy, der Arbeiterkinderfreunde Breslau** findet am Sonntag, den 18. September, am Mühlberg statt. Massenspiele und Tänze für alt und jung Kasperle, Zirkus und ein dramatisches Spiel sorgen für heiteren Kurzweil. Teilnehmerkarten sind für 5 Pfg. für Kinder und für 15 Pfg. für Eltern bei Falken und Eltern erhältlich. Die Abt. Ohlauer und Strehlener Tor der Arbeiterkinderfreunde, sowie alle Parteigenossinnen und Genossen obengenannter Stadtteile sind hiermit herzlichst eingeladen. Treffpunkt: 14.30 Uhr an der Hippel- Ecke Dürrgoyer Straße. Von dort mit der Falkenkapelle nach dem Festplatz.

**Freidenkerjugend Breslau:** Unsere Radfahrt nach Zobten findet bestimmt statt. Treffpunkt: Sonnabend 20 Uhr und Sonntag, 6 Uhr, am Reichspräsidentenplatz, Ecke Hohenzollernstr. Decken und Instrumente mitbringen

## Zum Eisenbahnunglück in Algier

### 60 Tote identifiziert

**Paris**, 16. September.

Wie Havas aus Oran berichtet, beläuft sich die Zahl der Toten des Eisenbahnunglücks, soweit sie identifiziert werden konnten auf 51, die der Verletzten auf 255. 37 Personen werden noch vermißt. Man befürchtet, daß von den Vermißten niemand mehr lebend geborgen werden kann. Die Unfallstelle ist im übrigen noch von einem Sandsturm heimgesucht worden.

**Oran**, 17. September.

Die Aufräumungsarbeiten an der Stelle der Eisenbahnkatastrophe sind noch nicht abgeschlossen. Gestern sind wiederum 14 Leichen geborgen worden. Die Gesamtzahl der bisher geborgenen Toten beträgt 60. Heute werden die Opfer beigesetzt werden.

## Drei Todesopfer eines Giftmischers

**Senftenberg**, 16. September.

In dem kleinen Landort Klein-Partwitz, im nördlichen Teil des Kreises Hoyerswerda hat sich eine furchtbare Tragödie ereignet. In der Familie des 61jährigen Auszüglers Türke starb am Montag unter Vergiftungserscheinungen plötzlich Türkes Schwiegersohn, der 32jährige Arbeiter Groba, dem am Tage darauf sein sechsjähriger Sohn Richard in den Tod folgte. Grobas Ehefrau sowie deren Vater Türke wurden heute nachmittag ebenfalls unter Vergiftungserscheinungen in das Senftenberger Krankenhaus eingeliefert. Kurz nach seiner Einlieferung verstarb auch der Vater Türkes, während seine Tochter in hoffnungslosem Zustande daniederliegt. Unter dem dringenden Verdacht, den Giftmord an seinem Schwager, Schwiegervater und Neffen verübt zu haben, wurde nach der Beerdigung der ersten beiden Todesopfer der 35jährige Schuhmacher Just, der Ehemann der zweiten Tochter Türkes, verhaftet und dem Amtsgerichtsgefängnis Hoyerswerda zugeführt.

Türke betrieb mit seinem Schwiegersohn und seinen verheirateten Töchtern eine kleine Landwirtschaft, während der der Tat verdächtige Just längere Zeit abwesend und erst kürzlich zurückgekehrt war. Zwischen Türke und Just entstand nach der Rückkehr des Letztgenannten ein gespanntes Verhältnis, da Türke es ablehnte, seinen Schwiegersohn im Hause aufzunehmen. Just pflegte das Mittagessen für die ganze Familie zu bereiten. Obwohl er selber, seine Frau und sein Kind von jeglichen Vergiftungserscheinungen verschont geblieben sind, bestreitet er jede Schuld. Die Sezierung der Leichen hat Spuren von Arsen ergeben.

**Senftenberg**, 17. September.

Die Zahl der Todesopfer der Familientragödie in Klein-Partwitz, über die wir bereits berichteten, hat sich um ein weiteres vermehrt. Die im Senftenberger Knappschaftskrankenhaus liegende Frau Hanna Groba ist dort an den Folgen der Vergiftung gestorben.

## In der Luft zusammengestoßen

**Braunschweig**, 16. September.

Bei einem Geschwaderflug von drei Flugzeugen der Deutschen Verkehrsfliegerschule in Braunschweig kamen heute nachmittag beim Wechsel der Formation zwei Maschinen miteinander in Berührung, wobei das Querruder der einen Maschine stark beschädigt wurde. Beide Flugzeuge waren gezwungen, im Gleitflug niederzugehen. Bei der Notlandung im unebenen Gelände ging die eine Maschine völlig zu Bruch. Glücklicherweise kamen Personen nicht zu Schaden.

## Tönende Kälte

### Entdeckung einer englischen Forscherin

Auf welche merkwürdige Weise oft wissenschaftliche Entdeckungen gemacht werden, darüber berichtete in einem Vortrage vor der British Association in York Miß Mary D. Waller, Lektorin für Naturwissenschaften an der Londoner Frauenschule für Medizin.

Miß Waller kaufte sich eines Tages bei einem Straßenhändler einen Block Fruchteis und bemerkte, daß jedesmal, wenn der Händler Eis mit der Klingel seines Fahrrades in Berührung brachte, die Klingel zu läuten anfing.

Vor der British Association demonstrierte nun Miß Waller, einer Meldung des „News Chronicle" zufolge, wie ein fester Block Kohlendioxyd, das bei der Herstellung von Fruchteis Verwendung findet, mit Metallgegenständen in Berührung gebracht, eine Anzahl musikalischer und in mehreren Fällen unmusikalischer Töne erzeugte. Die Temperatur des Kohlendioxyds betrug minus 80 Grad Celsius. Miß Waller benutzte bei ihrer Vorführung die verschiedenartigsten Gegenstände aus Metall, so einen silbernen Kuchenständer, Stimmgabeln, Messingstangen usw. Bei der Berührung mit dem einen Metall brachte das Kohlendioxyd einen Ton hervor, der dem Wimmern eines Kindes ähnelte. Zusammen mit dem Kuchenständer ertönte ein tiefer Baß. In einem anderen Falle wieder vernahm man einen kristallklaren Ton.

Das Wunder sei, wie Miß Waller ausführte, anscheinend so zu erklären, daß die Energiekräfte, die die Schwingungen hervorrufen, durch den Kontakt der Wärme des Metalls mit dem Kohlendioxyd erzeugt werden. Am besten für die Hervorbringung von Tönen eigneten sich Stahl, Messing und Silber.

# Arbeitserziehung in U.d.S.S.R.

I.

Nach Marxens Theorie bestimmt die Produktionsweise die äußere Struktur der Gesellschaft wie ihren kulturellen Gehalt. In der sozialistischen Gesellschaft erfährt danach die Arbeit eine grundsätzliche Umwertung: Bedeutet sie im kapitalistischen Klassenstaat für die unterjochte Schicht eine zwangsmäßig auferlegte, harte Pflicht, die wirtschaftliche Knechtung und geistige Unfreiheit zur Folge hat, so ist sie im sozialistischen Gemeinwesen eine Selbstverständlichkeit, die aus den Bedürfnissen der Gesellschaft heraus erwächst, die den Charakter des ihr von außen auferlegten Zwangs und der Qual verliert, zu einer freiwilligen Leistung und einer Quelle des Glücks und des Reichtums aller wird. In der Erziehung als einem der wichtigsten Träger der gesellschaftlichen Lebenswerte spiegelt sich dieser Wesensunterschied beider Gesellschaftsformen wider. Die „Arbeitsschule" der bürgerlichen Pädagogen ist günstigenfalls auf eine Lockerung der starren Unterrichtsmethoden der Vergangenheit, auf Weckung des Schöpfergeistes und Bewegungstriebes der Jugend gerichtet, aber losgelöst von der gesellschaftlichen Produktion; die Arbeitserziehung des sozialistischen Staates ist Eingliederung der Schule und Erziehung in die Produktion und das gesamte öffentliche Leben.

Das Anschauungsbeispiel hierfür liefert uns das neue System der Sowjetschule. Schon ihr Lehrplan bringt das mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck; er zeigt für die Schulen 1. Stufe (etwa unsere Volksschulen) folgendes Gesicht:

| Die Natur und der Mensch. | Die Arbeit. | Die Gesellschaft. |
|---|---|---|
| 1. Jahr: Die Jahreszeiten. | Das unmittelbare Arbeitsleben der Familie in Stadt und Land. | Familie und Schule. |
| 2. Jahr: Luft, Wasser, Erde. Die den Menschen umgebenden Kulturpflanzen und Tiere und ihre Wartung. | Das Arbeitsleben des Dorfes oder Stadtviertels, in dem das Kind lebt. | Die öffentlichen Anstalten des Dorfes und der Stadt. |
| 3. Jahr: Elementare Beobachtungen (Kenntnisse) auf dem Gebiete der Physik und der Chemie. Die Natur des Lokalbezirks. Das Leben des menschlichen Körpers. | Die Wirtschaft des Lokalbezirks. | Die öffentlichen Anstalten des Gouvernements (Gebiets) Bilder der Vergangenheit des Heimatlandes. |
| 4. Jahr: Geographie Rußlands und der anderen Länder. Das Leben des menschlichen Körpers. | Die Staatswirtschaft der RSFSR. | Die Staatsordnung Rußlands und der anderen Länder. Bilder aus der Menschheit. |

Ganz sinnenfällig tritt hier in Erscheinung, wie in den Mittelpunkt der Erziehung die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Gesellschaft gestellt sind; wie die Schätze des Bodens und die Kräfte der Natur durch menschliche Arbeit veredelt und unter ihre Herrschaft gebracht, in Gebrauchsgüter und -einrichtungen umgewandelt werden und die Lebensformen erzeugen.

Die praktische Schularbeit bringt die innere Verbundenheit zwischen den Zielen und Aufgaben der Gesellschaft und denen der Erziehung noch deutlicher zum Ausdruck: die Schule nimmt teil an den gesellschaftlichen Aufgaben, an der planvollen Organisierung der Arbeit, an der Entfaltung der Arbeitstechnik, an der Entwicklung und Schulung der menschlichen Arbeitskraft, die allesamt das sozialistische Ziel erstreben: Steigerung des Arbeitserfolges und Erhöhung des Kulturniveaus. Infolgedessen hat die Schularbeit ganz konkrete Aufgaben zu erfüllen, die sich als wirtschaftliche und soziale Leistungen erweisen.

Die Kommune in Malachowka, ein jüdisches Waisenheim von 170 Schülern im Alter von 12—17 Jahren, übt das Patronat über einen bestimmten Kreis der Ukraine aus. Der Bauer dieser fruchtbaren Landstriche kann häufig wegen der teilweise noch sehr primitiven Technik und der Unkenntnis der physikalischen und klimatologischen Verhältnisse Obst- und Gartenbau, Bienenzucht usw. nicht rationell betreiben. Da untersuchen die Schüler den Boden auf seine Beschaffenheit, analysieren durch Experimente seine Zusammensetzung, stellen die günstigste Zeit der Aussaat fest, sowie die ertragreichsten Samen, probieren die modernsten Ackergeräte aus und führen sie ein; auf ihrer Musterkolonie demonstrieren sie die Ergebnisse ihrer Forschungs- und Versuchstätigkeit und werden so zu Pionieren einer modernen Betriebsführung.

Die Schule Schatzkys in Kaluga ist zu einem Zentrum für Bauernaufklärung geworden; über die eben gekennzeichneten Aufgaben hinaus bietet sie Vorbilder für eine verbesserte Viehzucht. Statt der auf den Bauerngütern üblichen 60 Eier erreicht hier die Hühnerzucht Erfolge von 180. Die sachgemäß gepflegte und gefütterte Kuh liefert hier statt der im Dorfe üblichen 50 Eimer deren 270, außerdem hat die Milch eine viel höhere Qualität. Das nach den Methoden modernster Tierzucht aufgezogene Tier erweist sich als gesünder und widerstandsfähiger als das vernachlässigte Bauernkalb. Das gezüchtete Tier wird dann einem Bauernkollektiv unter dem Vorbehalt der jederzeitigen Kontrolle durch die Schüler überlassen und gegen ein schwächeres Kalb umgetauscht, an dem wiederum nachgewiesen wird, wie ohne göttliche Hilfe, rein durch sachgemäße Ernährung und gute Pflege das gleiche Resultat erzielt wird. So erwacht auch bei dem stumpfesten Bauern die Einsicht von der Notwendigkeit rationeller Tierpflege und der lebhafte Drang, sich derlei Kenntnisse zu erwerben. Ob solche Praxis nicht mehr hilft wie die bei uns üblichen Plakate und Merkblätter mit ihren Empfehlungen und Erläuterungen?

In der Lopeschinskykommune Pistraks hatte sich eine Schülergruppe als Thema für die Diplomarbeit gestellt (sie steht an Stelle der bei uns üblichen Abschlußprüfung!), die Maschinen der mit ihrer Schule verbundenen Textilfabrik technisch, mathematisch, physikalisch zu analysieren; bei ihren Untersuchungen stießen sie auf die Tatsache, daß die Maschinen an zwei Stellen sog. Leerlauf aufwiesen. Ihre Experimente zur Ueberwindung dieses Mangels führten sie zu Erfindungen, die sie in einer überfüllten Betriebsversammlung zum Besten gaben. Folge: Einsetzung einer Sachverständigenkommission, die die Schülervorschläge prüft und als vorteilhaft anerkennt, Umbau der alten Maschinen und Freistellen an der technischen Hochschule für die jungen Erfinder auf Kosten des Betriebes.

Unweit Moskaus liegt eine Versuchsschule im Walde von Ssokolniko. Die „jungen Naturalisten" stellten ihre Forschungen und Erfahrungen in den Dienst der Seuchenbekämpfung. Nach der Erforschung der Stechmücke und ihrer Eigenart schritten sie zur Vertilgung dieser gefährlichen Verbreiterin der Malaria und machten während der drei Ferienmonate ganze Gegenden malariafrei.

Im Heim Timirsajew führte ein zwölfjähriger Schüler durch die Werkstatt; er sah, wie der Meister an der Kreissäge arbeitete, ohne die Sicherheitsvorrichtung eingeschaltet zu haben. Er machte den Meister auf das Verkehrte seines Tuns aufmerksam und fügte mahnend hinzu: „Genosse, du weißt, daß du der Kranken- und Invalidenversicherung verlustig gehst, wenn du ohne Sicherung arbeitest; ich würde das melden müssen, denn ich habe dich gewarnt."

Die Schüler der griechischen Schule in Jalta haben beim Volkskommissar der Krim den Antrag gestellt, an Stelle des nicht mehr gesprochenen klassischen Griechisch die Volkssprache einzuführen und außerdem die schwierige Orthographie durch eine einfachere zu ersetzen. Sie selbst hatten gleichzeitig Vereinfachungsvorschläge unterbreitet, schrieben ihre Briefe schon in neuer Rechtschreibung und waren vom Volkskommissar zu einer Konferenz eingeladen, in der mit Sachverständigen über diese Dinge verhandelt werden sollte.

Das sind einige charakteristische Beispiele aus der großen Summe von Erfahrungen, die gesammelt worden sind. Neben solchen speziellen Aufgaben laufen noch allgemeine einher: Während der Sommerferien ziehen ganze Scharen von Schülern hinaus aufs Land und helfen den armen Bauern beim Einbringen der Ernte; andere richten Kooperativen ein und leiten sie, bis aus den Reihen der Bauern der Nachwuchs herangewachsen ist. Wieder andere unternehmen Feldzüge gegen den schlimmsten Feind des Staates, die Unwissenheit; sie bekämpfen das Analphabetentum, richten Kurse, Bibliotheken und Lesehütten ein und streiten mit den Waffen der modernen Wissenschaft gegen den tief eingewurzelten Aberglauben und die religiöse Verdummung.

So kommt es, daß Bauern Kinderkolonien Grundstücke zur Verfügung stellen zur Einrichtung von Versuchsfeldern und Musterwirtschaften; daß sie über das ihnen gesetzlich obliegende Maß Mittel für Schulneugründungen zur Verfügung stellen, ja, daß sie ohne Wissen der Behörden Schulhäuser errichten und neue Lehrer anstellen.

Die Schule ist zu einer allgemeinen Volksangelegenheit und zu einem Zentrum des öffentlichen Lebens geworden.

Georg Steinfeld.

---

**Achtung!**

**An alle Einzelbezieher der SAZ!**

**Wir bitten, soweit dies noch nicht geschehen ist, um sofortige Ueberweisung des Bezugsgeldes für September auf das Postscheck-Konto Breslau 757 89 Walter Geburt.**

**Die Geschäftsleitung.**

---

# Sie werden nachdenklich!

### Techniker erkennen die Grenzen des Kapitalismus

In diesen Tagen fand eine Kundgebung des „Verbandes Deutscher Techniker" in Essen statt, die sich mit den Problemen der Gegenwart auseinandersetzte. Der Ingenieur Hermann Petersen aus Essen sprach über „die Bedeutung des Technikers für den Wiederaufbau Deutschlands".

Gemeinhin werden wohl mit Recht an die Reden derartiger Veranstaltungen von „Standesorganisationen" nur sehr geringe Ansprüche gestellt. Die Ausführungen Petersens waren jedoch in mancher Hinsicht bedeutsam.

„Die Produktivkräfte, die ihr (der Gesellschaft) zur Verfügung stehen, dienen nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse; im Gegenteil, sie sind zu gewaltig für diese Verhältnisse geworden, sie werden von ihnen gehemmt, und sobald sie dieses Hemmnis überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung, gefährden sie die Existenz des bürgerlichen Eigentums. Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen."

An diese Worte des kommunistischen Manifests erinnerten die Ausführungen des Ingenieurs Petersen, als er auseinandersetzte, daß „Technik und technische Zielsetzung mit den heutigen Wirtschaftsformen leider teilweise in großem Widerspruch ständen". Es ist für uns Marxisten interessant und erfreulich, zu beobachten, wie gerade die Schrittmacher des modernen Industrie-Kapitalismus, die Ingenieure und Techniker, als erste an die Grenzen des Wirtschafts-Systems stoßen, wie sie zwar noch verschwommen und mit einem „leider" feststellen müssen, daß die Fassungskraft des kapitalistischen Systems für den Fortschritt der Technik zu gering geworden ist, daß der Kapitalismus mit seinen Wirtschaftsgesetzen heute für die Entwicklung der Technik ebenso ein Hemmnis geworden ist, wie es einst der Feudalismus zu Beginn des Maschinenzeitalters in den Jugendtagen der Bourgeoisie war.

Als bedeutsam muß gleichfalls bezeichnet werden, wenn bei dieser Gelegenheit ein Mann der Wirtschaft, der sich wohl selbst zur herrschenden Klasse bekennt, die Regierung vor der konsequenten Durchführung ihrer bisherigen Lohnpolitik glaubt warnen zu müssen. Der Ingenieur sieht mit Entsetzen, daß nicht trotz, sondern wegen seiner schöpferischen Arbeit die Proletarier immer ärmer, die Großbourgeoisie immer reicher wird. Er hat bis jetzt dem Kapitalismus gedient, in dem Glauben, daß er Maschinen schaffe, dem technischen Fortschritt diene, um den Menschen nicht nur ihre Arbeit zu erleichtern, sondern um ihrer Mehrzahl bestimmte Kulturgebiete zu erschließen. Wir können das Grauen, das den Techniker angesichts dieser Entdeckung überfällt, verstehen, denn wir wissen, daß auch der genialste Erfinder weniger zum Wohl aller Menschen arbeitete als zur Vergrößerung des Profits der herrschenden Klassen. Wir können vor dem gegen den Widersinn des Kapitalismus rebellierenden Ingenieur unser ältestes Programm, das Kommunistische Manifest, aufschlagen, wo es heißt:

„Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheines entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt."

Die in der Wirtschaftskrise bis auf die Spitze getriebenen Widersprüche des Kapitalismus haben die bisher mit der herrschenden Klasse durch Dick und Dünn gehenden Ingenieure wohl zum ersten Mal nachdenklich gemacht. Noch wird ihre Antwort auf die über sie brutal hereinbrechenden Tatsachen nicht revolutionär sein, noch werden sie auf die Rettung und Ausweitung der Technik im Dienste aller Menschen im Rahmen des Kapitalismus hoffen, noch sind sie bereit, auf dem wirtschaftlichen gegenrevolutionären Weg des Faschismus der herrschenden Klasse wie bisher als Schrittmacher zu dienen; aber sie werden infolge der Eigenart ihres Berufes immer wieder an die heut bereits erstickend engen Grenzen des kapitalistischen Systems stoßen, bis sie „ihren eigenen Standpunkt verlassen, um sich auf den des Proletariats zu stellen."

---

## Ein Kassenbote niedergeschossen und beraubt

**Hamburg**, 17. September.

In Hamburg, das seit zwei Tagen Schauplatz toller Raubüberfälle ist, hat sich heute wieder ein Räuberstreich zugetragen, der leider die schwersten Verwundungen eines Kassenboten zur Folge hatte. Kurz nach ½12 Uhr wurde ein Kassenbote in der Ferdinandstraße von einem Mann, der aus einem Auto sprang, niedergeschossen und seiner Aktentasche beraubt, die angeblich eine Summe von 2000 RM. enthalten haben soll. Der Täter raste mit dem Auto davon und konnte trotz der sofort eingesetzten Verfolgung entkommen.

## Ein Arbeiter verbrannt

**Essen**, 17. September.

Im Laboratorium der Benzolfabrik der Zeche Königin Elisabeth brach heute vormittag bei Ausbesserungsarbeiten Feuer aus. Einem Arbeiter gelang es nicht mehr, sich in Sicherheit zu bringen. Er konnte nur als Leiche geborgen werden. Die Feuerwehr verhinderte ein Uebergreifen des Brandes auf die Benzoltanks.

# Achtgroschenjungen vor die Front!

**Berlin,** 17. September.

Aus Notverordnungsgründen versagen wir uns jeden Kommentar zu den Plakaten, die gegenwärtig an den Berliner Litfaßsäulen kleben, größtes Aufsehen erregen und folgenden Wortlaut haben:

**Belohnung**
bis zur Höhe von
**500 RM.**

erhält derjenige, welcher der Polizei Hersteller und Verbreiter illegaler, innerhalb des Polizeibezirks Groß-Berlin erscheinender kommunistischer Schriften, Herstellungsorte und Herstellungseinrichtungen für solche Schriften so nachweist, daß eine strafrechtliche Verurteilung erfolgt.

Die Entscheidung über die Höhe und die Verteilung der zuzubilligenden Belohnung ist meinem freien Ermessen überlassen und geschieht unter Ausschluß des Rechtsweges.

Nachrichten sind an das Polizeipräsidium, Abt. I, I Ad. I, zu richten.

Berlin, den 10. September 1932.

**Der Polizeipräsident**
Dr. Melcher.

## Oppositionsstimmung beim ADB

In einer Funktionärsitzung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes referierte zu Beginn dieser Woche der Hauptschriftleiter der ADB-Zeitung, Kotzur, über das Thema: „Regierungswirrwarr und Beamte". Er sprach von einer „überraschenden" Auflösung des Reichstages, obgleich diese Reichstagsauflösung für einen Politiker eigentlich nicht überraschend gekommen sein sollte, und gab sich der Hoffnung hin, daß den Nazis durch die Gründung einer konservativen Papen-Partei Abbruch getan werden würde. Getreu dem Beispiel größerer Geister glaubte auch, er Anzeichen für eine neue Wirtschaftskonjunktur erkennen zu dürfen, die für eine wirtschaftliche Besserstellung der Beamtenschaft ausgenützt werden müsse. Nach Kotzur sprach als zweiter Referent der Besoldungssekretär des ADB, der weitere Gehaltskürzungen für die Beamten ankündigte.

Zu diesen beiden völlig ungenügenden Referaten nahm in der Diskussion als erste unsere Genossin Käte Frankenthal das Wort, die das Versagen der Führungen von SPD und Gewerkschaften am 20. Juli kennzeichnete und als dringendste Forderung die Vierzigstundenwoche mit Lohnausgleich proklamierte. „Prolet, greif zu!" müsse es jetzt heißen, nicht aber „Reichstag, greif zu!" Der Sozialdemokrat Zachert versuchte, für die Eiserne Front Propaganda zu machen, stieß damit jedoch auf scharfe Ablehnung bei den Funktionären des ADB. Soldes von der RDK nannte die sozialdemokratischen Sozialisierungsanträge im Reichstag Agitationsanträge, die 1919 hätten durchgeführt werden können, wofür er starken Beifall bekam. Auch seine Forderung, daß Männer in den Reichstag geschickt werden sollten, die sich als Exponenten des Volkes fühlen, fand lebhafte Zustimmung.

Die Versammlung schloß mit der Annahme einer von der RDK eingebrachten Resolution, die eine stärkere Aktivität des Bundesausschusses fordert.

Et soll Leute jeben, die zwecks Aheiterung Kabaretts un Kintöppe besuchen, wat ick nich janz begreife. Denn wozu denn Angtreeh bezahlen, wo de det Theata jeden Tach jratis frei ins Haus habn tust?

Zum Beispiel der Akt „Verfassungstreue" war'n janz jroßet Stick mit prima Besetzung. Die Nazis schitzen die Vafassung vor Papen, Papen schitzt die Vafassung vor die Nazis, det Zentrum schitzt die Vafassung vor die Nazis un Papen, un die SPD schitzt die Vafassung vor de Nazis un Papen un Zentrum. Un alle schitz'n die Vafassung vor de Kommunisten. Wofür die Kommunisten mit Hilfe der Vafassung (wie se et selbst behaupten) Papen stürzten, woruff Papen zum Schutze der Vafassung den Reichstach ufflöste. Wat Göring von die Nazis vaanlaßte, auf Jrund der Vafassung dajejen zu protestier'n um die Rechte des Volkes, welche in der Vafassung vaankert sin, zu wahren. Wat ihm aba Hindenburch uff Jrund der Vafassung nich jestattete. — —

Also, du wirst zujeben: een feinet Stick, wat se uns da vorjespielt hab'n. Un die dufte Pointe dabei is, det die Vafassung so aus de Vafassung jekommen is, det se, um sich vor de Schützer zu schützen, in de Vasenkung vaschwunden is.

Det is natürlich ne Valeumdung. Ick wär' ma huten, de Vafassung nich zu hüten, un sie nich vor Valeumdung zu schitzen — sonst kriejn wir eenen Jummiknüppel for de Neese, uff dem steht denn: „Vaboten uff Jrund der Vafassung!" Jruß Orje.

# „Weg mit dem Parteivorstand"

## Rebellion bei der SPD wächst

### Charlottenburg

**In einer Mitgliederversammlung des 7. Kreises der SPD (Charlottenburg), wurde nach einem Referat von Kurt Rosenberg durch die Mitglieder eine Resolution eingebracht, die das schärfste Mißtrauen gegen die Parteiführung ausspricht. Sie wurde mit Mehrheit angenommen.**

In der Diskussion wurde unter anderem mitgeteilt, daß

**auch der Reichsbannerführer Carlberg, der seinerzeit zusammen mit Heilmannsberg und Encke verhaftet worden war, in einer Gruppenführersitzung des Reichsbanners sich scharf gegen die Politik des Parteivorstandes ausgesprochen habe,**

die zu der Niederlage am 31. Juli geführt hat.

Auf Grund der Diskussion gab der Referent Rosenberg zu, daß in der Reichstagsfraktion die Differenzen nicht ausgeglichen seien, sondern daß mit einer Verschärfung der Gegensätze gerechnet werden müsse. Rosenberg sprach unter anderem auch über die Politik der SAP und erklärte,

**daß oft die Politik der Opposition mit der von der SAP vertretenen politischen Auffassung übereinstimmt.**

In der Diskussion wurde von mehreren Rednern darauf hingewiesen, daß leider die Opposition keine Führung habe und daß es die Pflicht der führenden Oppositionsgenossen sei, die Opposition zusammenzufassen. Vom Gen. Richter (57. Abt.) wurde das besonders unterstrichen.

### — und in Wilmersdorf

In der Kreismitgliederversammlung in Wilmersdorf referierte Kurt Loewenstein. Auch hier kam in der Diskussion eine ähnliche Oppositionsströmung zum Ausdruck wie in Charlottenburg. Die Mitgliedschaft hat schon in verschiedenen Abteilungen

**die Absetzung der Abteilungsleiter gefordert.**

In verschiedenen Abteilungen liegen auch bereits Anträge vor, die die Einberufung eines Reichsparteitages fordern und sich

**für eine Aenderung des gesamten Parteivorstandes**

aussprechen. Die Mitglieder fordern eine Schwenkung der Partei, die sich aber nicht nur auf eine Aenderung der Personen beschränken, sondern auch eine ideologische Aenderung sein soll. Die SPD solle wieder zum Klassenkampf zurückkehren. Besonders stark wird diese Forderung von den jüngeren Genossen erhoben.

Von einigen oppositionell gesinnten SPD-Mitgliedern erfahren wir, daß die Opposition in der SPD sich von neuem organisieren will, um in breiter Front vorstoßen zu können. (!)

# Parteiarbeit in der Provinz

## KPD verhängt Redeverbot über die SAP-Genossen

**Brandenburg a. d. H.,** 10. September.

Unsere Genossen in der vielgelästerten „Provinz" entwickeln eine erfreuliche Aktivität. Ein paar Beispiele:

Der Unterbezirk Brandenburg der SAP führte in Premnitz einen Wochenendkursus durch, an dem 75 Genossen aus Brandenburg, Rathenow, Premnitz und anderen Orten teilnahmen. Lehrer war Paul Frölich. Die Ursachen des momentanen Gegensatzes Papen—Hitler wurden untersucht und die Rolle des Faschismus behandelt. Politisch fester fundiert und mit neuer Spannkraft kehrten die Kursusteilnehmer an die Stätten ihres alltäglichen Wirkens zurück.

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Brandenburg konnte eine Reihe von SPD-Genossen und Sportlern als Gäste begrüßt werden. Ein ausgezeichnetes Referat des Genossen Seydewitz über die politische Lage dürfte manchen Schwankenden unter ihnen für die SAP gewonnen haben; jedenfalls erklärten SPD-Genossen, daß sie nach diesem Referat die Politik der SPD in den letzten Jahren nicht mehr verteidigen könnten.

Die Kommunistische Partei scheint die Ansätze zu einer vernünftigen Einheitsfrontpolitik, die vor der Reichstagswahl erkennbar waren, wieder restlos zerstören zu wollen. Es war ein Einheitsausschuß zustande gekommen, dem auch zwei SAP-Genossen angehörten, die stets auf Hinzuziehung auch von Genossen der Eisernen Front, der Gewerkschaften, des Reichsbanners usw. drängten. Beschlüsse, die in dieser Richtung gefaßt wurden, sind von dem kommunistischen Vorsitzenden des Ausschusses sabotiert worden. Nach der Wahl ist der Ausschuß nicht wieder zusammengerufen worden, während er vorher wöchentlich getagt hatte, — ein Zeichen, daß für die KPD der Einheitsausschuß nur ein Wahlmanöver war. Nunmehr hat der Ausschuß eine Versammlung einberufen, ohne daß unsere Genossen verständigt worden wären. Als unsere Genossen in dieser Versammlung in der Diskussion das Wort verlangten, **erklärte die KPD-Führung, daß SAP-Mitglieder in öffentlichen Versammlungen der KPD das Wort nicht mehr erhalten würden.** Man fürchet also unsere Kritik an dem unehrlichen Spiel, das von der KPD mit dem Einheitswillen der Massen getrieben wird. Nun, wir werden Mittel und Wege finden, um den kommunistischen Arbeitern trotzdem die Augen über den Verrat ihrer Führer zu öffnen und sie für eine ehrliche, von Parteiegoisten nicht mißbrauchte Einheitsfront zu gewinnen.

Auf dem Lande halten wir jetzt in jeder Woche zwei Versammlungen ab, um auch hier für unsere gute Sache zu arbeiten.

## Bei Hitlers ist Familienkrach

„Hitler vor der Machtübernahme!" Dieser seit Jahren bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit immer wieder ausgestoßene Ruf beginnt seine mitreißende Kraft zu verlieren. Und so kommt es, wie es kommen muß: es gärt bei den Nazis.

Immer schärfer tritt der Interessengegensatz zwischen Führern und Geführten hervor. Und nichts ist natürlicher, als daß diese Gärung zuerst diejenigen erfaßt, denen man seit Jahren goldene Berge versprach, die SA und SS. Ueberall im Reich — in Berlin, in Schlesien, in Sachsen — verlassen ganze Sturmabteilungen die Nazipartei oder werden meuternde Gruppen ausgeschlossen, und der Zersetzungsprozeß ist bereits so weit vorgeschritten, daß sich kürzlich unter der Führung des Gaureferenten Klute, den der „Angriff" bis vor kurzem nicht genug Lorbeerkränze winden konnte, den bisherigen Nazioppositionsparteien eine neue Partei hinzugesellte, die Deutsch-Sozialistische Arbeiterpartei, die gleich ihren älteren Schwestern den „wahren" Nationalsozialismus auf deutschem Boden errichten will.

Vor einigen Tagen stellte Klute auf einem Ausspracheabend des kommunistischen „Kampfbundes" seine neue Partei erstmalig der Berliner Arbeiterschaft vor. Er beklagte sich bitter über Hitlers Unentschlossenheit und Furcht vor der gewaltsamen Machtübernahme und zeterte dann in einer Weise gegen die Postenjägerei der „neuen" Mitglieder und die Zurücksetzung der „alten" Parteianhänger der NSDAP, daß man ihn den Anwalt der übergangenen Postenjäger nennen kann. Sonst unterscheidet sich sein Programm in nichts von dem seiner Mutterpartei: Volksgemeinschaft, ständisch gegliederte Wirtschaft, der Staat als ausgleichende Macht über dem Volksganzen. Den Weg zum Linkssozialismus lehnt er ab, weil „der alles gleichmachende Marxismus" eine Utopie sei und der Initiative des Einzelnen hindernd im Wege stehe.

Immerhin ist erfreulich, daß sich Klute jeder Diskussion mit der Linken stellen will, sodaß die Hoffnung besteht, daß die Arbeiterschaft seine Anhänger allmählich von ihren Utopien heilt.

## SAP
## Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Die Bezirksleitung hat in ihrer Sitzung vom 12. September beschlossen, den

**Bezirksparteitag**

aus technischen Gründen um eine Woche; auf den 2. Oktober 1932, zu verlegen. Er beginnt um 9 Uhr und soll um 19 Uhr beendet sein. Tagungslokal: Vogels Festsäle, Brückenstr. 2.

Tagesordnung:

1. Die politische Lage (Ref. Klaus Zweiling). — 2. Wahlen. — 3. Anträge. — 4. Verschiedenes.

Vorkonferenz der Ortsgruppen der Provinz. Sonnabend, 1. Oktober, 19 Uhr, findet im Sekretariat, Magazinstraße 12a, eine Vorkonferenz der Ortsgruppen der Provinz statt. Der Zweck dieser Konferenz soll sein, die Provinzarbeit mit den Ortsgruppen und der Bezirksleitung zu besprechen.

Delegationsmodus. Auf je 20 Mitglieder senden die Ortsgruppen einen Delegierten. Auf je angefangene 20 Mitglieder wird auch noch ein Delegierter gerechnet.

Anträge: Anträge, die von der BL veröffentlicht werden sollen, müssen spätestens bis zum 19. September bei der BL eingereicht sein.

## Schöne Revolutionäre!

In Birkenwerder kam es im November vorigen Jahres im Gemeindeparlament zu einer Prügelei. Im Gerichtsverfahren erhielten mehrere kommunistische Gemeindevertreter eine Gefängnisstrafe. Unter anderem wurden die Angestellten Schnellbacher und Weinhold zu je 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Proleten Jackisch und Bode, die ebenfalls in Strafe genommen worden waren, haben ihre Zeit abgebrummt, die Angestellten Schnellbacher und Weinhold dagegen haben bei Hindenburg ein Gnadengesuch eingereicht. Genossen der KPD, die deshalb Schnellbacher und Weinhold zur Rede stellten, wurden als Renegaten und Polizeispitzel beschimpft.

Was sagen die Mitglieder der KPD zu solchen „Revolutionären" wie Schnellbacher und Weinhold? Die Vergangenheit Schnellbachers, die Unregelmäßigkeiten, die er sich im Konsum in Hanau hat zuschulden kommen lassen, sind zwar bekannt — wird die Leitung der KPD auch nach dieser Tat Schnellbacher, ihren Schützling, noch verteidigen?

## SAP
### Bezirksverband Berlin-Brandenburg

**Sonnabend, 17. September.**

**Ortsgruppe Premnitz:** Kursus mit dem Genossen Walcher.
**Ortsgruppe Neukölln:** Gewerkschaftskursus im Jugendheim, Rosenstraße 12/13.
**Ortsgruppe Pankow:** Sommerfest im Jugendheim, Mühlenstraße 77.

**Sonntag, 18. September.**

**Ortsgruppe Neukölln:** Zeitungswerbeaktion vorm. 8 Uhr, bei Balke, Fulda-, Ecke Weserstraße.

**Dienstag, 20. September.**

**Ortsgruppe Neukölln:** Mitgliederversammlung der Abteilung 4/5, im Jugendheim, Rosenstraße 12/13. Referent: Fritz Lewy.
**Betriebsräte und Betriebsobleute:** 20 Uhr, im Sekretariat, Magazinstraße 12a.

**Mittwoch, 21. September.**

**Ortsgruppe Tiergarten:** Funktionärsitzung, 18 Uhr, bei Scholz. Mitgliederversammlung, 20 Uhr bei Scholz, Lewetzowstraße 21.
Thema: „Staat und Revolution." Ref.: Zweiling.
**Ortsgruppe Friedrichshain:** Abt. Balkenplatz, Mitgliederversammlung bei Jeschke, Tilsiter Str. 79.
**Ortsgruppe Tempelhof:** Oeffentlicher Aussprache-Abend. Thema: „Reichstagsrummel und Sozialistische Aktion."
**Ortsgruppe Neukölln:** Abt. 1—3, Mitgliederversammlung bei Balke, Fulda-, Ecke Weserstraße. Referent: A. Siemsen.
Abt. 6—10, Mitgliederversammlung. Referent: A. Hartoch.
Abt. Britz, Schulungskursus beim Gen. Wichmann, Onkel Hirsestraße 35. Referent: Gen. Brandt.
**Ortsgruppe Weißensee:** Mitgliederversammlung, 20 Uhr, Berliner Allee 193. Referent: Petroff.
**Ortsgruppe Pankow:** Mitgliederversammlung. Referent: M. Seydewitz.

**Brandenburg a. H. SAP.** Mitgliederversammlung am Mittwoch, 21. 9. bei Budig, Neust. Heidestr.
**Frauen- und Jugendarbeitskreis** am Montag, 26. 9., bei Budig.
**Verleih marxistischer Bücher und Zeitschriften.** Jeden Dienstag und Freitag 19—20 Uhr bei Ephraim, Magdeburger Straße 13.

## SJV Groß-Berlin

**Montag:** Zentraler Gewerkschaftsausschuß, 18 Uhr, Magazinstraße 12a. Referentenschule 20 Uhr. Jede Gruppe muß vertreten sein.

**Mittwoch:** ZdA-Genossen, 19.30 Uhr, Magazinstr. 12a.

## Der Appell des Berliner SJV
### „Roter Oktober-Appell"

1.—9. Oktober.

**Groß-Berliner Mitglieder-Versammlung** am 1. Oktober, 19.30 Uhr, Kochstraße (Schule): „Was war, was ist, was soll werden?" Redner: Willy Kreßmann.
Die Aufgaben der revolutionären Partei. Max Seydewitz.
Spieltrupp, Tambourkorps, ZdA, FhJ, SAJ ehem. SJVer willkommen.

2. Oktober: 6 Groß-Berliner Veranstaltungen: **„Oktober 1917 — Oktober 1932."**
AB Nord-Ost: Heim Pankow, Mühlenstr. 77. Redner: Kögler.
AB Ost und UB Mitte: Magazinstr. 12a. Redner: Thomas.
UB Neukölln und Kreuzberg: Rosenstr. 13 Redner: Walcher.
UB Tempelhof-Mariendorf: Götzstr. Redner: Baier.
AB West: Genthinerstraße 17. Redner: Butte.
AB Nord: Lehrterstr 18/19. Redner: Frank.

4. Oktober: **„1 Jahr SAP und SJV."** Kundgebung in Kliems-Festsäle.

8./9. Oktober: Bezirkskonferenz Brandenburg in Berlin: „Die nächste Etappe."

9. Oktober: **„Es lebe der rote Oktober."** 18 Uhr, Schlußveranstaltung im Lichtspielhaus Neukölln, Bergstraße 147. Film: „10 Tage, die die Welt erschütterten." Redner: Ernst Tolle — Ernst Busch — Spieltrupp.
Erwerbstätige 40 Pfg. Erwerbslose 25 Pfg.

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weihnachtsmann 3422
Sonntag, 18. Sept. 8.30 Uhr
Herzdame
Gartenbühne
Sonntag 18. Sept. 5.0 Uhr
Konzert und Varieté
5.15 Uhr
Frühlingsluft

HAUS VATERLAND
KURFÜRST 24.60
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI